

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit dem illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 72.

Freitag, den 25. März 1904.

15. Jahrgang.

Die Berlepsch-Versammlung

Sowohl durch die Menge der Teilnehmer aus allen Schichten der Breslauer Bevölkerung als auch durch die fast völlige Einstimmigkeit der gehaltenen Reden stellte sich die von der „Gesellschaft für soziale Reform“ einberufene öffentliche Versammlung am Dienstag als eine Rundgebung für das freie Koalitionsrecht der Arbeiter und ein Protest gegen die Beschränkungen dar, denen dieses Recht durch politische und gerichtliche Maßnahmen überall, besonders aber in Breslau, ausgesetzt ist. Herr v. Berlepsch, der Hauptredner des Abends, begründete das Recht der Arbeiter wenn auch nicht in rechtlich wirksamer, so doch in sachlich überzeugender Weise durch Argumente, die jedem Geschäftsteller geläufig sind, verzichtete aber natürlich auch darauf nicht, alle seine Momente hervorzuheben, die geeignet sind, dem Arbeitgeber die Gewährung des Koalitionsrechtes unnehmbar zu machen. Die Redner aus Gewerkschaftskreisen konnten sich in der Diskussion darauf beschränken, die Beweisführung des Hauptredners noch schärfer zu formulieren, als Belege für das bestehende Unrecht aber eine Fülle selbst erlebter Dinge vorzutragen, die im Laufe der letzten Monate unseres Lesens durch die „Volkswacht“ näher bekannt geworden sind. Fälle von Terrorismus organisierter Arbeiter wurden auch von den Rednern aus christlichen Kreisen, Herrn Professor Nickel vom katholischen Kreis, Herrn Pastor Späth vom evangelischen Arbeiterverein nicht vorgebracht, der erste dieser beiden Redner verfaßt rein theoretisch den Schutz gegen Koalitionszwang der unteres Erzgebirge durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches vollständig gesichert ist. Genosse Zimmer konnte mit vollem Recht darauf verwiesen, daß die Verurteilungen von Arbeitern besto häufiger und härter sein müssen, je mehr Paragraphen den Juristen zur Verfügung stehen. Es verdient auch festgehalten zu werden, daß ein angesehener Jurist, Herr Justizrat Ollendorf, der doch die Praxis der Gerichte einigermaßen zu beurteilen weiß, in die Beschwerden über die Beschränkungen des Vereinsrechts der Arbeiter einstimmig und mit überzeugendheit die Befreiung dieses Rechts von seinen Ketten verlangt. Nicht minder wichtig ist die von dem gehässigen Bericht der „Schlesischen Zeitung“ sorgsam unterschlagene Bemerkung des Mühlensitzers Weigert, daß die Organisation die Arbeiter zu intelligenten Menschen erzieht und jeder Unternehmer mit Gewerkschaftlern besser sich einigen kann, als mit Unorganisierten. Von verschiedenen Rednern aus dem bürgerlichen Lager wurde immer wieder auf die 600,000 christlich-deutsche Arbeiter hingewiesen — dem gegenüber nimmt es sich recht lägig aus, daß diese Vereine noch nicht den ersten von den 600,000 auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben. Dass die stolze Ziffer durch 3 oder 4 dividiert werden muß, haben wir an anderer Stelle zahlenmäßig nachgewiesen, wenn aber von den übrig bleibenden 150,000 — unsichere Kantonisten eingeschlossen — nicht ein einziger den Mund aufkunnen kann, sondern ihre Sache von einem Professor und einem persönlich sehr acht-

baren Pastor vertreten werden muß, macht das gerade keinen überzeugenden Eindruck. Wirkliche Arbeiter könnten nur die Gewerkschaften in den Nebelampf entenden, einen ehemaligen Haushälter, je einen Bäcker, Maurer, Schiffbauer; da deren Neben in allen Berichten zu kurz weglamen, wollen wir sie besonders hervorheben.

Der Referent, Staatsminister von Berlepsch, führte etwa aus:

Eine ganze Reihe von Ereignissen haben die Frage des Koalitionsrechtes, die ja zu jeder Zeit von Bedeutung ist, aufs neue in den Vordergrund der Diskussion gebracht. Redner gäbe dazu die Tagung der christlichen Arbeiter in Frankfurt, die allerdings sehr schenken. Erwähnung des Kanzlers an die Vertreter dieser Gruppe, den Crimmitshauer Streit und vor allem die Gingabe des Parlamentes der deutschen Buchdrucker an die Parlamente. Gudem ist innerhalb der Gesellschaft für soziale Reform durch Zweckes Arbeiter aus neu auf die Beschränkungen hingewiesen worden, denen das Koalitionsrecht durch Geschicklichkeit anheimfällt. Am bedeutendsten ist darunter die Tatsache, daß alle Arbeiterversammlungen ohne Unterschied der sonstigen Meinungen, also 1/4 Millionen am weitesten fortgeschrittenen deutscher Arbeiter, das volle Koalitionsrecht verlangen.

Redner geht dann dazu über, die jetzige Rechtslage, wie sie durch die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung geschaffen ist, zu erläutern und ihre Mängel zu kritisieren. Überflüssig sind die Verhältnisse, denen die Vereine durch das Einreichen von Mitgliederberichten anreichen lassen, wenn sie angezeigt sind. Solche Verhältnisse entstehen dann, wenn ein Arbeiterverein wegen seiner beruflichen Tätigkeit, Einreichung von Petitionen, Besprechung von Schutzaufgaben, für politisch erklärt wird. Diese Anwendung des Vereinsrechtes hat denn auch die Folge, daß Frauen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden müssen und keine Frauen erwerben können der Ausübung anheimfallen. Redner weist auf die ziemlich ungünstigen Wandlungen in der Handhabung des Vereinsrechtes hin, die durch das Segnen der Frauen im Befreiungskampf bei der Tagung der Landwirte veranlaßt wurden. Gegen die Eintragung in das Register ist es möglich, Vereine erheben die Verwaltungsbefreiung bei den Gewerkschaften Einspruch, weil sich diese mit politischen oder mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Durch den § 152 der Gewerbeordnung sind die Koalitionsverbote für ländliche Arbeiter, für das Gewerbe, für Staatsarbeiter an Straßenbauten und Eisenbahnen nicht aufgehoben worden, diese Arbeiter unterliegen also noch heute einer völlig ungeeigneten Verhinderung.

Logisch, vernünftig billig und gerecht ist es, den Arbeitern die volle Gleichberechtigung mit anderen Gesellschaftsschichten zu teilen.

Wblieten sich mit Mäzenen vereinigen, um die Hindernisse des wirtschaftlichen Fortschritts auf dem Wege zu räumen, da darf man der Vereinigung der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft keine Steine in den Weg treten. Die Tendenz der heutigen Zeit geht zum Zusammenfluß, zur Vereinigung, Syndikat, Kapitalisten, Landwirte, Arbeiter alles strebt zur Koalition, da sollte man die Verkäufer der Ware Arbeitskraft nicht hindern, zur Erhöhung ihrer Lebenshaltung, zur Verbesserung ihrer Löhne, zur Hebung gesundheitlicher Maßnahmen in Fabriken sich zu vereinigen. Diese Ansicht wurde schon in einem Gesetzentwurf aus dem Jahre 1866 von der preußischen Regierung für alle Arbeiter, auch für die ländlichen, vertreten, nur durch den Krieg blieb damals das Gesetz unerledigt.

Welche Gründe bestimmen heute noch die Mehrheit der Arbeitgeber und die Regierung zur Verfolgung der Anerkennung der wirtschaftlichen Vereinigung? Einmal halten es diese Kreise für ausgemacht, daß eine Starlung der gewerkschaftlichen Arbeitervereine einen Machtzuwachs für die Sozialdemokratie mit sich bringt. Diese Ansicht, sagt Redner, habe ich bereits in meinem Hamburger Vortrag widerlegt, brauche also hier nicht darauf zurückzukommen. Ein gleich-

wichtiger Grund für die Ablehnung ist das ausgeprägte Herrschaftsgefühl mancher Unternehmer, denen ein rechtläßiges Gewerkschaftsrecht die Arbeitnehmer so schwer fällt, wie einem energischen Kämpfen das Zugeständnis der Konstitution. Alle Randgebungen des Arbeitgeberbundes sprechen Schlagworten an, gegen das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters in der Fabrik, alle deuten energisch das Recht des „Herrn“ im eigenen Hause. „Sozialmoralisch und sozialsentimental“ nennt man die Kreise, welche sich für das Arbeiterricht verwerben. Und doch ist der Standpunkt der „Herrn“ im eigenen Hause falsch, doch ist die technisch und wirtschaftlich höhere Form der kollektiven Arbeitsvertrag größeren organisierten Arbeitern und organisierten Unternehmen. Auch die Crimmitshauer Fabrikanten halten an der verfehlten Ansicht fest, daß sie nur mit den „einfachen“ Arbeitern nicht mit gewerkschaftlichen Arbeitern verhandeln. Arbeitnehmer führt galt als Einmischung unberechtigter Dritter. Daher weiter wird der Streik als sozialdemokratische Machtwaffe verächtlich, obwohl dafür kein tatsächlicher Beleg vorhanden ist. Der Forderung gilt als „stolz“, jeder Aufstand als „revolutionär“. Und diese falsche Auffassung über das Arbeiterricht hat sich auch bei unserem Verwaltungsschöpfer und Geschichtswissenschaftler festgesetzt. Im Auslande ist das nicht der Fall, in England, Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz gilt der Arbeiter bereits als gleichberechtigtes Mitglied im Produktionsprozess. Bei uns will jeder ein Abhängigkeitsrecht ausüben, der auch nur eine Macht für Dienste zu vergeben hat. (Ausstellungsergebnis) Das Zeitalter des Kapitalismus mit seinen Auswirkungen von Reichtum hat es möglich gemacht, das Abhängigkeitsverhältnis bis ins Ungeheure auszudehnen und als Gegengewicht gegen diese Macht der Unternehmer ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. Unter dem Streik lautet nicht die „Hydra der Revolution“, es ist ein selbstverständliches natürliches Recht der Lohnarbeiter. Wie sehr dieses selbstverständliche Recht noch verwehrt ist, geht aus den beispielhaften Werken „Zeitung“ und „Tat“ aus den Mitteilungen des Vereins für Sozialpolitik und Zimmermanns Artikel „Gerechtigkeit“ in der „Sozialen Warte“ hervor. Redner führt einige Fälle von Einschränkung des Koalitionsrechtes durch polizeiliche Maßnahmen und richterliche Entscheidungen an, so die Auflösung einer Metallarbeiterversammlung bestehend aus 4 Personen. Auch die wenigen Ausschreitungen, die bei dem fünfmonatigen Streik von 7000 Arbeitern in Crimmitshaus vorgenommen sind, verschärfen der Behörden nicht zu der Aufhebung des wichtigsten Arbeiterrichtes.

Nur durch Organisierung des Proletariats und Anerkennung seiner wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung dieses unvermeidlichen Begleiters des Kapitalismus, ist ein friedlicher Ausgleich zwischen den Unternehmen und der zahlreichen Klasse im Staat möglich. Die Organisation ist für den Arbeiter notwendig zur Erfahrung seiner Gesundheit, der Kraft seiner Arme und nur dann werden wir den neuen Stand dem alten einzugsleider verabreden, wenn wir ihm kein Recht vorerhalten. Er verlangt seinen gebührenden Platz neben den anderen Klassen und er muss ihn verlangen zur Sicherung seiner Existenz. Gerechtigkeit regiert die Welt! Die Fabrikanten der Rohprodukte, der Fabrikariate, der Fertigfabrikate, die Arzte, die Landwirte, alle haben das Koalitionsrecht, also darf man es den Lohnarbeitern nicht verwehren, auch den ländlichen Arbeitern nicht und nicht zum Gesinde. Entweder man gibt dem Lohnarbeiterstand die Existenzsicherheit eines Beamten, oder man gibt ihnen die Koalitionsfreiheit. Die Grubenbesitzer Rheinland-Bayern haben sich zu der Zeit, da ich in Düsseldorf Regierungspräsident war und wilde Streiks in Menge ausbrachen, selbst nach Arbeiterversammlungen gesahnt. Nur Sicherheit der Kultivierung sind sie für den Arbeitgeber wünschenswert. Das ist keine Phantasie von Fabrikarbeiter und Sozialphantasten sind, erwiesen die Verhältnisse im deutschen Buchdruckerei, wo sie Bringschule und Gehilfen zur Wahrung des gewerblichen Friedens verblieben. Das Beispiel Buchdrucker ist im Baumgewerbe, im Braugewerbe und in ca. 500 örtlichen Tarifverträgen nachgeahmt worden. In allen diesen Fällen ist das Recht des „Herrn im eigenen Hause“ bereits aufgegeben worden zum Wohle des ganzen Gewerbes. Durch die

— Sie wissen ja, daß Interesse der Bauern spielt dabei ja oft die wichtigste Rolle. Wenn man da gewissenlos sein wollte — aber man kann es nicht sein mit so einem Manne an der Seite, man schaut sich; kann man kann es nicht. — Ich nicht. Es geht nicht ohne unseren Rat. Es kommt dadurch gewissermaßen ein konservativer Zug in mein Geschäft. Wir können die Ausdehnung der Stadt nun einmal nicht verhindern, ehesowenig, daß der Bauer in der nächsten Umgebung verdrängt wird; aber wir reißen ihn nicht mit der Wurzel aus, sondern versetzen ihn sein förmlich in ein anderes Gedächtnis. Das ist unser Prinzip. O, ich sage Ihnen, Excellenz, dieser Bauer ist ein Prachtmensch, die Perle meines Hauses. Wenn Excellenz vielleicht einmal bei Ihrem großen Interesse für den Mann aus die Ehre schenken wollten — ich würde die sorgfältigste Auswahl treffen in der Gesellschaft.

Graf Waradin erhob sich rasch, so daß Polenz sein Wunsches Vorgehen fast bereute.

„Sie kommen doch wegen der Ringbahn?“ sagte er. „Verhandlungen kann ich allerdings nicht machen. Jedes liegt mir sehr viel daran, die landwirtschaftlichen Interessen möglichst wenig dadurch gestört zu sehen. Der Bauer, der am Ende den Schaden hat, dessen Grundbesitz zerstört wird, der in seiner Ruhe gefordert wird, soll wenigstens auch den Handelsverlust davon haben. Das will ich. Ich werde Sie im Auge behalten, Herr Polenz, verlassen Sie sich daran. Grüßen Sie mir Ihren Bruder. Er soll nur tapfer an seinem Stande halten.“ Mit einem kurzen Nicken des Kopfes war Polenz entlassen.

„O, ich Schaffkopf! O, ich Schaffkopf!“ murmelte er vor sich hin, knüpfte die Stiege hinabwärts. „Was die erst dieser verdammten Graf einen Denar geben, was für einen wertvollen Mann für das Geschäft du im Hause hast. Im Unterhaus, in einem feinen Winkel, damit ihn ja niemand sieht, während die im Vorberghaus, Tochter, Sohn und Schwager, alles Eiderndliche tun, um das Geschäft zu verderben! Die Ringbahn wird durch meinen Graben gehen. Die Excellenz, der milde Graf Waradin, wird in meinem Hause erscheinen. Ja, das wird er! Das kostet — eine formelle Einladung an irgend einer Gelegenheit, und dieser Besuch bedeutet die Aufnahme des Sohnes Polenz unter die Leute der Stadt, bedeutet den Kommerzienrat — Millionen! Und das alles macht der alte, vergebene Bauer vom Wald!

Er hätte am liebsten lang aufgeschaut ohne jemals sofort in das Gesicht zu sehen und dann über den Hals gefallen. Aber er tat es nicht. Er sah den Grafen, sah die leicht beweglichen Lippen, aber die bedeckte Augen, die so leicht zu erkennen waren.

„Wenn der Graf von dem kleinen Schuhhalte Wind berichtet, alles gut, was es mit dem Grafen mögl. zusammen, daß er nächste Verhandlungen einzog . . .“

(Fortsetzung folgt)

17]

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton v. Perfall.

(Nachdruck verboten)

Die Grundpreise waren in das Sinnlose hinaufgetrieben und standen längst in seinem Verhältnisse mehr zur Bevölkerungszunahme der Stadt. Es hielt möglichst rasch loszuschlagen, ehe das Publikum völlig zur Besinnung gekommen, abgesehen davon, daß der Aufwand der jungen Leute, zu welchem er allerdings aus Geschäftssicht den Preis gegeben hatte, immer größerer Umfang annahm, und Herr Fritz sein Möglichstes tat, hinter der Schwester und dem Schwager nicht zurückzubleiben.

Der Bau einer Ringbahn stand bevor, die gewagtesten Spekulationen lüfteten sich seit Jahren an dieses Projekt. Durch weissen Grundstücke sie geführt wurde, der verdiente das Bühne.

Polenz gehörte nicht zu den Schützten. Der Minister Graf Waradin war der Mann, der die Sache in der Hand hatte. Völlig verschlossen gegen alle Sonderinteressen, ein Mann von tadellosem Charakter, galt er als der vornehmste Besitzer des Bauernstandes, als der energischste Förderer landwirtschaftlicher Interessen. Ja, man mache ihm sogar Vorwürfe, daß er nach dieser Seite zu weit ginge, die Interessen der Industrie darüber vernachlässige.

Bor allem aber war es kein Geheimnis, daß er der sieberhaften, hostigen Abneigung der Stadt auf Kosten des Bauern nichts weniger als hold war und gegen alles Spekulantenhäuse einen förmlichen Hass hegte.

Manchen schreckte dieser Unstand geradezu ab, sich in der Angenommenlichkeit zu wenden. Polenz ließ sich dadurch nicht irre machen. Aber trotz aller Dreistigkeit war es ihm doch unheimlich zu tun, als er vor der Elte des Allmächtigen stand.

Um so überraschter war er von dem Empfange, der ihm wurde. Er hatte Mühe, sich rasch zu fassen und seine Läufigkeit für diesen völlig unvorhergesehenen Fall zu ändern.

Der Graf streckte ihm die Hand entgegen. „Sie sind also der Herr Polenz.“

Dann wurde er allerdings ebenso rasch, einen weiten Blick auf den feinen, kleinen Mann werfend, aufsässig förmlich, bot ihm jedoch Platz an.

Das war schon sehr viel bei Graf Waradin, wenn man in solcher Angelegenheit kam.

„Ich kenne mich doch nicht . . .“ begann er dann, während Polenz die Ohren spitze, um ja kein Wort zu verlieren, „die Zeit der Kontinentalkatastrophe wurde mir der Name Polenz in einer mit höchst sympathischer Beziehung genannt. Ein Herr Polenz, Bauer, reiste sonstigen einen unserer Bauern aus dem Ober-

Cirio-Hardenberg'schen Reformen ist der Vater zu einem staatsmächtigen Stande in den preußischen Organisationen eingekleidet worden, desselbe kann mit der großen Schar heimlicher Arbeitnehmer, die den Schuh des eigenen Faches entbehren und nichts haben als die Kraft ihres Blutes, prahlen, durch Geschäftshandlung, der vollen wirtschaftlichen und sozialen Geschäftsberechtigung der Arbeiterklasse. Würde bestimmtlich die "Gesellschaft für soziale Reform" erriet.

Die mit diplomatischer Geliebt und sorgfältiger Abschaffung vorgetragene Stube des ehemaligen Ministers fand ungemein beispielhaft bei der zahlreichen Versammlung. An sie schloss sich die Diskussion, in welche 4 Vertreter des Proletariats und 4 Angehörige bürgerlicher Stände zum Wort kamen. Erster Redner von unserer Seite war Gewerkschafts-Sekretär B. in m. r.

Bei dem Eintritt in das bissige Palais konnte man sich das Gedankt nicht erwehren, daß in Deutschland das Koalitionsrecht in Gefahr sein muß, denn nicht weniger als ein halbes Dutzend Schulen und Salons bilden bessere Befestigungen. Daß die Gesellschaft für soziale Reform so staatlichlich sei, ist wohl nicht anzunehmen. Das ist besonders starke Andeutung an der beständigen Versammlung. Statt finden würde, hat nicht allein seine Urfahre in dem Thema, sondern daß ein wirklicher leibhaftiger Staatsminister Referent ist, und wohl zum ersten Male in einer Versammlung, wo ein großer Teil organisierter Arbeiter anwesend ist — der Herr Oberpräsident sitzt unter den Hubbern befindet.

Von vornherein möchte ich erklären, daß wir mit der Förderung des Herrn Rechtern durchaus einverstanden sind, daß alle Arbeiter und Arbeitnehmer das freie und einigeschäftliche Koalitionsrecht gewährleistet werden soll, und daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß der § 158 der Gewerbeordnung vollständig überflüssig und schändlich ist, und deshalb zu entfernen sei, da ja das Strafgesetzbuch genügend Strafen für Bekämpfung, Verbrechen etc. enthält.

Nun spielt in der letzten Zeit das Wort "Terrorismus" eine besonders große Rolle, und sind speziell in Breslau sehr harte Praktiken über vermeintliche Terroristen verhängt worden. Aber wird nicht in allen Bevölkerungsabsichten ein gewisser Terrorismus gelobt? Offizielle, Beichte, Achte u. s. w., eben doch gewiß auf ihre Gewissensangehörigen einen gewissen Zwang aus, und besonders die Achte haben in der letzten Zeit nach dieser Richtung hin nicht wenig zu reden gemacht, ohne daß man von strengen Bestrafungen gesprochen hätte. Die sozialistisch verhantenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmer des Buchdruckergewerbes haben beschlossen, daß kein Gehilfe in einer sozialistischen Buchdruckerei Beschäftigung erhält, welche vorher in einer Druckerei gearbeitet hat, welche den Taxis nicht anerkannt hatte. Das ist auch ein Terrorismus, den wir aber ganz berechtigt finden. Die Arbeitnehmer sind auch geneigt sich anders zu unterhalten als die sogenannten gebildeten Kreise.

Weil nun unter Berücksichter und Staatsanwälte mit dem Leben und Treiben der breiten Masse des arbeitenden Volkes keine Fühlung haben, deshalb erklären sich wohl auch die geradezu drastischen Bestrafungen auf Grund des § 158 neu. Wie wäre es sonst möglich, daß der Mann der Woche 18 Monate Gefängnis erhalten könnte, wegen der Worte: "Ihr seid Schweine" u. a., und weil er einem Arbeitswilligen auf die Füße getreten hat? daß der Mann der Woche ebenfalls 6 Monate in das Gefängnis muss? daß der Bimmerer Schmid mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wird, weil er gesagt haben soll: "Wir werden über Dich in der Versammlung reden" und daß der Bimmerer Hirsch 9 Monate Gefängnis erhalten könnte, weil das Gericht annimmt, daß er nach einem Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen habe, wird ebenfalls den Arbeitern unbedenklich bleiben. Und nun erst die Bestrafung des Verbandssekretärs Peikert, der, von einem Arbeitswilligen geschlagen, denselben zurückstößt, mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wird, trotzdem mehrere Jungen, darunter ein Arbeitgeber, überwiegend bestanden, daß Peikert ein sehr ruhiger, verständiger Mensch sei, der Differenzen zu beiderseitiger Zufriedenheit geschlichtet habe. Wenn nun der Staatsanwalt erstdarf, daß Peikert gerade deshalb streng bestraft werden müsse, weil er in Versammlungen den Bürgern herausstieß, im Verkehr mit Arbeitswilligen Terrorist sei, so wird auch das von den Arbeitern nicht verstanden werden. Daß die Gewerkschaftsbürokratie tatsächlich bestrebt sind, bei ausgedehnten Differenzen vermittelnd zu wirken, ist nicht zu leugnen, daß ebenfalls bei Streiks, Aussperrungen etc. durch den Einfluß der Bürgertat tatsächlich immer weniger Ausschließungen vorkommen, ist doch nicht von der Hand zu weisen.

Wenn nur erst die Arbeitgeber sich angewöhnen könnten, in dem Arbeit einen gleichermächtigen Menschen zu erblicken, der doch ein unvergängliches Recht hat über den Preis für seine Arbeitskraft, die sein ganzes Vermögen ist, mitzubestimmen. — Der sogenannte Herrstandpunkt muß verschwinden. Vor allen Dingen müssen die Arbeitgeber die alte eingewurzelte Abneigung gegen die Gewerkschaften fallen lassen und durch Tarifabschlüsse etc. an Jahre hinaus sich wirtschaftlichen Frieden sichern.

Wenn durch Vermittelung der Gewerkschaftsführer Differenzen geschlichtet werden, dann bleibt auch sicher nicht die Erhöhung jenseits, welche durch einen Kampf des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer eines Reiches vorhanden sein wird. Wenn auch die Staatsanwälte und die Richter von diesem Standpunkte das wirtschaftliche Leben betrachten, so werden zweifelhaft weniger harte Urteile gefällt werden, denn das Eine ist doch sicher — auch durch die strengsten Strafen werden sich die Gewerkschaften und deren Führer in der einmal eingeschlagenen Richtung nicht beitreten lassen. — Nicht einen Centimeter rechts oder links lassen wir uns durch irgend welche Maßnahmen von unserem Wege abdrücken.

Wenn nun auch die bürgerlichen Kreise sich für die Frage des meingünstigeren Koalitionsrechts interessieren, und für die Erhöhung derselben militärisch wollen, so soll uns das angenehm sein. — Vielleicht werden auch dadurch die Arbeitgeber und die Behörden etwas vernünftigeren Ideen zugänglicher werden. Wenn das der Erfolg des Abends sein sollte, so sind wir auch damit zufrieden. (Beifester Beifall.)

Hierauf legt Herr Prof. Dr. theol. Kiel den Standpunkt der katholischen Arbeitervereine dar.

Der Redner ging davon aus, daß die Koalitionsfreiheit eine notwendige Ergänzung der Gewerbefreiheit sei, weil infolge der Konkurrenz der Unternehmer der Preis der Ware und damit auch die Arbeitslöhne herabgedrückt werden. Die Koalitionsfreiheit sei zwar schon jetzt gewährt, doch weise die Erfahrung noch einige Mängel auf. Die Abhängigkeit der letzten habe unlängst die Interpellation Leimborts gefordert; und daß dieser Standpunkt bei Zeitung nicht erst durch das Anwachsen der Sozialdemokratie veranlaßt sei, beweise das vor 25 Jahren erschienenes Gründungsblatt des Freiburger Hirsches. Die Koalitionsfreiheit könne aber wohl keine absolute sein, vielmehr finde sie ihren Grenzen im Gemeinschaftsverständnis, wodurch die Freiheit sie mehr Freiheit sein und dachte nicht in Gewalt und Terrorismus aussetzen. Der Redner befürwortete darauf die Gestaltung der Arbeitervereinigungen, durch welche die Errichtung des Rechtes gefährdet sei. In Fällen, wo es notwendig sei, würden aber auch die getrennten Organisationen zusammengehen und ihre Sätze erreichen können. Der Redner erklärte hierauf, daß das letzte Ziel der Organisationen nicht der Kampf, sondern der Friede sei; durch Arbeitssamaritan und Tarifkommissionen, in denen die Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen vereinigt seien, kann dies leicht geschehen, so er beharrte, ein Ende berichtet und der Friede angeboten werden. Redner deutete schließlich, daß man die Fähigkeit der Partei auf höhere Werte auszulösen wolle, so wird schon Friede werden! (Beifester Beifall.)

Höher möchte führen aus: Wenn ich auf ein in Aussichtnahme des Koalitionsrechts mit Gefangenheitsstrafe belasteter Arbeitnehmer vor Steinen steht, so werden Sie über berichten, wenn ich mit einer Entfernung des Beschuldigten gerechnet habe. Wenn Verteilung beweis mit keinen Nachweisen, daß wir es hell an einer handhabenden Reform des Koalitionsrechts nicht beraten können. Sie brauchen den der geistigen Freiheit, die schwäbisch wäre, auch die Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern ist nicht immer möglich. (Be-

ifester Beifall.)

Einige Argumente werden in entscheidenden Momenten stets von der bürgerlichen Gesellschaft ins Treffen geführt. Den bestens Kenntnisse-Auditor Leimbort sah er über alles zu loben; im entzündenden Augenblick aber wird das Recht, seine Männer sonst wohin, nur nicht ins Parlament, kommandieren. Ebenso ist die Verspätung der Arbeitervereinigung ein Werk von Leuten, die sich sonst nichts um die Arbeitern kümmern. Die alten Ladenhüter vom Terrorismus müssen gerade sehr viel herhalten, die Unternehmer aber haben es lautesten Terrorismus, denken wir nur an die schwere von Arbeitern aus Strafmaßflaschen gesetzte, mit Hunger geplagt werden, weil sie weiter nichts tun als sich organisieren, also von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Wenn wir Arbeitgeber, erhalten sie Strafen von 5 und 6 Mark als willkürliche Geschäftsschläger, während wir ins Gefängnis wandern müssen, um hinter Reihernauern darüber nachdenken zu können, welche Bedeutung das Wort Bereitwilligkeit in Deutschland hat. Wir Arbeitnehmer können nicht daran glauben, daß das Koalitionsrecht bald ein anderes werden wird, hoffen wir nicht erst auf unsere Regierungsberechtigung, das Proletariat wird sich selbst durch das Solidaritätsgefühl sein Recht zu erkämpfen wissen. (Beifester Beifall.)

Herr Wohlwollender Weigert mahnt zur vorsichtigen Behandlung des Themas. Auch der Arbeitgeber hat seine Sorgen und die Arbeitnehmer machen sich manchmal ein recht unangenehmes Bild von den Verhältnissen der Unternehmer. Aus seinen eigenen Erfahrungen muß er sagen, daß die Arbeitnehmer durch ihre Organisationen geschult werden, daß sie sich in denselben Interessen erwerben. Ich bin mit den Eltern der Organisationen besser ansprechbar, weil bei den Verhandlungen das persönliche Moment ausscheidet. Die Unternehmer haben keinen Grund, sich gegen die Arbeitervereinigungen zu wenden, im Gegenteil. (Großer Beifall.)

Maurer Wiedera führt aus: Wie in Wirklichkeit die organisierte Arbeiterschaft und wohl auch ein kleiner Teil der bürgerlichen Gesellschaft über die Art und Weise, wie und Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts gestaltet wird, denken, kann ich allerdings von dieser Stelle aus nicht sagen, wenn ich nicht allgemein vor das Oberamt rufe. Fleischmann in ein dort befindliches Haus kommen will, das sich ja immer mehr und mehr ausbildet zu einer Anstalt für organisierte "arbeitssuchende" Arbeitnehmer, mit verschiedener Vorzugung von Männern. Die allgemeinen Grundzüge des Koalitionsrechts in rechtlicher wie sozialpolitischer Hinsicht hat ich der Herr Referent ausführlich bis in das kleinste Detail erläutert und glaube daher richtig zu handeln, wenn ich Einzelheiten von Breslau anführe. Im Jahre 1869 erhielten wir gewerblichen Arbeit das Koalitionsrecht. Man verdient es und aber, wenn wir davon immer eingehender Gebrauch machen. Ja, soll denn die ganze Arbeit, von Männern, die sich mühten, die Arbeiterschaft aufzuladen, in dieser Zeit unsont gewesen sein? Wir Arbeitnehmer werden auch in der Folgezeit immer mehr und mehr von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Im vergangenen Jahre versuchte man durch Massen-Ausschreibungen die freien Gewerkschaften zu vernichten. Verfolgungen haben wir ja immer erdulden müssen, aber in letzter Zeit haben sich in dieser Beziehung Dinge ereignet, die Aufsehen erregten, und waren es wohl auch gerade Breslauer Verhältnisse, die es herbeigeführt haben, daß eine solche Verharmung, wie die heutige Zusammenkommung ist.

Zunächst einiges über die Maßnahmen der Polizei. Man hat mich am 8. August auf der Matthiaskirche von der Stelle weg verhaftet, trotzdem ich heute noch nicht weiß, warum. Auch heute frage ich vor vollster Offenheit an: Mit welchen Gründen handelt mich Verhaftung statt, so daß ich von sechs bis acht Uhr eingesperrt war, ob ich etwas Essen zu erhalten? Der Polizei Kleider hat anlässlich der Bankette auf der Meißner Straße mittels Trillerpfeife einfach Schwanzmannsposten hervorgezogen. Die Einrichtungsläden sind so zahlreich, daß es am besten ist, man müsse sich in der Nähe des Prediums ein Logis. Das Hauptfeld wurde in Kleinburg gezeigt. Auf einem Bau daneben arbeitete ein Arbeitswilliger. Er schätzte sich zurückhaltend und kam eines Morgens nicht mehr zur Arbeit, ging herum spazieren und kam am Mittag herum mit einem Kommissarius, der Schauspielen und einem Wachtmeister auf die Bühne, wies mit dem Finger auf die Kollegen und wurden sofortig die Namen derselben notiert und Angeklagt. Man sagt uns manchmal, der Druck kommt von oben. Das ist und völlig gleichgültig, von wo der Druck herkommt, wir verlangen gerechte Behandlung. Ein Recht auf die Bankette zu kommen, hatte die Polizei überhaupt nicht. Warum hier Ausnahmen? Zur Begleichung der polizeilichen Maßnahmen muß zunächst der berühmte Strafanordnungsparagraph erhalten. Derselbe mag wohl selbst bei den ausführenden Behörden manchmal Kopfschütteln erregen, weil man mit einem solchen Paragraphen alles machen kann. Hegner bestreitet die Verhängung von 1892. Durch dieselbe ist die Polizei in der Lage, bei Banketten usw. ganze Strafanteile abzusperren und ist ja auch bei der Bankette auf der Meißner Straße recht ergreifig davon bestellt worden.

Wir sind der Meinung, daß diese Verordnung vollständig zu Unrecht besteht. Wie kann man ein Reichsgesetz aus solche Verordnung umgehen? Wir sind auch sicher der Ansicht, daß der § 153 der Gewerbeordnung wahrlich unrecht ist, um etwaige Übergänge zu ahnden. Leider ist meine Rechte um und ich will unsere Stellung dahin zusammenfassen, wir Arbeitnehmer verlangen und fordern energisch, als gleichberechtigte Bürger im deutschen Staate behandelt zu werden, denn das Eine ist doch sicher — auch durch die strengsten Strafen werden sich die Gewerkschaften und deren Führer in der einmal eingeschlagenen Richtung nicht beitreten lassen. — Nicht einen Centimeter rechts oder links lassen wir uns durch irgend welche Maßnahmen von unserem Wege abdrücken.

Wir sind der Meinung, daß diese Verordnung vollständig zu Unrecht besteht. Wie kann man ein Reichsgesetz aus solche Verordnung umgehen? Wir sind auch sicher der Ansicht, daß der § 153 der Gewerbeordnung wahrlich unrecht ist, um etwaige Übergänge zu ahnden. Leider ist meine Rechte um und ich will unsere Stellung dahin zusammenfassen, wir Arbeitnehmer verlangen und fordern energisch, als gleichberechtigte Bürger im deutschen Staate behandelt zu werden, denn das Eine ist doch sicher — auch durch die strengsten Strafen werden sich die Gewerkschaften und deren Führer in der einmal eingeschlagenen Richtung nicht beitreten lassen. — Nicht einen Centimeter rechts oder links lassen wir uns durch irgend welche Maßnahmen von unserem Wege abdrücken.

Schiffbauer Stromer will zu den Bedingungen, denen die Arbeitervereine durch Polizei und Gericht ausgesetzt sind, noch das Kapitel der Polizeiabteilungen hinzufügen. Um die Fragebogen der Regierung über die Arbeitervereinigungen ordentlich beantworten zu können, war eine Schiffersversammlung in Rosenthal statt. Es wurde die Ausstellung wie Bescheinigung über diese Versammlung mit dem falschen Hinweis verlegt, daß es am spätesten 1. Mai sein gesetzliches Recht erlangt bekommt, wurde das Abholen der Bescheinigung nach einigen Stunden angeordnet. Die Polizei bestreitet Beimittlung, um der Polizei die Erzielung der Zusicherung für den Fall der Abholung der Bescheinigung angedroht. So wurde die Schiffersversammlung vereilt durch die Bedingungen der Polizei. Gegenüber den Gewerkschaften schreibt Hegner über 600.000 geschäftliche Arbeitnehmer das Vermögen und das die Hälfte davon Sozialdemokraten sind. (Beifester Beifall.)

Herr Justizrat Ollendorff sucht in das triste Bild, das die Arbeitervereine haben, zunächst etwas Licht zu bringen, indem er daran erinnert, daß auch Gewerkschaften höherer Gerichtsgerichte

existieren, die sich zu Gunsten der Arbeitern aussprechen, s. B. die Aufhebung des Strafdeckenverbots durch das Reichsgericht. Trotzdem sei richtig, daß die Arbeitnehmer sich noch über unerlaubte Beschränkungen beklagen müssen. Besonders die Urteile der Kreis- und Strafsachen-Kammern machen über organisierte Arbeitnehmer, die sich terroristischer Taten schuldig gemacht haben sollen, haben wegen ihrer Dürre in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt. Solche Missgriffe der Justiz werden erst dann korrigiert werden können, wenn endlich einmal die Verurteilung in Strafsachen durchsetzt und dadurch eine Nachprüfung der Strafmaßurteile möglich ist. Die Dringlichkeit dieser Reform wird nachgrad von allen Seiten anerkannt. Wenn man sieht, wie der Professor gegen die Studenten, Lehrer und Offiziere geholt wird, kann man nicht verstehen, wenn Gerichte sich so stark gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationsbestrebungen wenden. (Beifester Beifall.)

Professor Sombart konstatiert die Einheitlichkeit aller Redner über folgende drei Postulate: 1. Das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist das Fundament des sozialen Fortschritts, 2. sein Nutzen ist dringend notwendig, 3. gegenwärtig wird es in einer der Arbeitervereinigungen oft nicht gerecht behandelt. (Bestimmung) Redner macht dann noch einige Bemerkungen über das Zusammengehen der Sozialreformer mit den Sozialdemokraten in Gegenwartssachen und ruft daran einige Matrosen über unsere letzten Bielefeld, auf die wir unten zurückkommen.

Auch wir sind angenehm berührt davon, daß eine so einheitliche Rundgebung für das Koalitionsrecht zu stande kommt. Die Breslauer Arbeitnehmer werden trotzdem nie vergessen, daß die einzige sichere Gewähr für unsere Rechte die eigene Stärke, die Organisation der Arbeitnehmer und ihre Solidarität ist. Finden wir Bundesgenossen in unserem Kampfe, dann sind sie uns willkommen, verlassen aber wollen wir uns immer nur auf die eigene Rüstung. *

Aus Anlaß einiger Pfuirufe, die bei der Mitteilung des Urteils gegen Peikert laut wurden, geriet der Vorsitzende, Herr Prof. Sombart, in eine klinische Aufregung und sprach davon, daß diese Gewohnheiten von Volksversammlungen nicht in die Zusammenkünfte der Gesellschaft für soziale Reform verpflanzt werden dürfen. Dieses Verbot ist eingegangen von beinahe komisch wirkender Brüderlichkeit, sogar die Philister in konservativen Versammlungen brechen in Pfuirufe aus, wenn etwa Herr Strosser die Schändlichkeiten des Zukunftstaates aufzählt. Herr Sombart scheint in seinem Leben nicht viel Volksversammlungen mitgemacht zu haben, sonst würde er nicht so geringfügig darüber urteilen, auch seine Versammlung war weiter nichts als eine Volksversammlung. Die überschwängliche Wieherholung des Pfuirufe, die auch Genosse Zimmer mißbilligte, war nur durch das gerechte Verbot Sombarts provoziert. Wir haben keinen Anlaß, unseren Genossen zu raten, solche Pfuirufe zu unterlassen; wenn man eine Versammlung zum Döchtererpensionat ausbauen will, können wir ja weg- und die Herren unter sich bleiben.

Herr Sombart hat am wenigsten Ursache, sich über etwaige Ausschreitungen zu beklagen. Er, der in vollständig überflüssiger, durch die bisherige Erfahrung jedenfalls nicht gebotenen Möglichkeit die Redner der Arbeitervereine zur Sachlichkeit mahnt, gestattet sich am Schluss als Gastgeber weitentgegengesetzte Bemerkungen über die letzten Ziele der Arbeitervereinigung, die bestimmt sind, die Versammlung zur Härtekeit über dieselben anzuregen. Nobel und loyal kann man das kaum nennen. Wir haben die Wizzen des Herrn Sombart zwar nicht zu fürchten, aber man gestatte uns gefällig eine gebührende Antwort über die bürgerliche Gesellschaft, dann sind wir schon einverstanden. Wir denken nicht daran, unsere Ideale lächerlich machen zu lassen, weil wir nur Gäste sind. Es wird nützlich sein, wenn Herr Professor Sombart das nicht vergibt.

Japan und Russland.

Ablehnungen.

Generalmajor Pflug telegraphiert unter dem 24. März aus Wulben: Die englische Meldung über den Übergang der Japaner über den Tatungpaß sowie über Gefechte mit den Russen, sowie die Nachricht, daß den Japanern der Weg zum Vormarsch zum Motienpaß (westlich des Jalu), wo angeblich eine starke Abteilung Russen sich befindet, offenstehe, ist reinste Erfindung, ebenso auch die aus japanischen Quellen geschöpften Meldungen des "Daily Telegraph" über ein am 19. März angeblich bei Port Arthur stattgefundenes Gefecht und über einen Zusammenstoß bei Songtschouem (nordwestlich von Lushu).

Wie die "Russische Telegraphenagentur" aus Kiajang meldet, beabsichtigen einem hartnäckig sich behauptenden Gericht zufolge die Japaner in Gatsja, nördlich von Schanghaiwan, Truppen auszuschiffen. Zahlreiche japanische Spione befinden sich in Schanghaiwan und längs der Bahn nach Mußchwang.

Die Bombardements.

Der Petersburger Korrespondent des "Echo de Paris" veröffentlicht ein Interview mit dem russischen Admiral Rogestewski, dem Chef des Generalstabes der Marine. Der Admiral sagte, es wäre ungerecht und ungünstig, wenn man den neuen, resultlosen Beschluß der Japaner gegen Port Arthur als Narrenheit bezeichnen wollte. Es sei wahrscheinlich, daß während des Bombardements die Japaner eine große Versprellandung in Tschinampho (West-Korea) ausgeführt haben. Diese Landungen und die Bombardements, die zur Deckung dienen, erfolgen regelmäßig in Zwischenräumen von zwölf Tagen. Jedes Bombardement kostet den Japanern 500.000 Taler.

Schwierigkeiten des Transports.

Ein Telegramm aus Rom, das die durchaus ungenügende Truppenzufuhr und den schlechten Gesundheitszustand der ankommenden Truppen schildert, hat folgenden Wortlaut:

Ein am 21. März aus Chardin hier angekommenes Privattelegramm erklärt, daß seit Beginn der Feindseligkeiten nur 88 Milliarden dort eingetroffen sind, von denen noch die Hälfte mit Proviant und Munition beladen waren. In den letzten 40 Tagen sind in Chardin nur etwa 20.000 Mann Truppen angelommen, von denen 4000 nach Mußchwang, Port Arthur und Wulben, 2000 Mann nach Wladislawow gingen. Der weiteste gebliebene Teil der hier gebliebenen Mannschaften liegt im Hospital, denn sie sind in einem zusammengehaltenen Zustande angelommen. Man hofft, daß in den folgenden Wochen die Züge täglich 1000 Mann heranmarschieren werden, aber es besteht große Unsicherheit in dem Weitermarsch auf der gebirgigen Bahn. Da und um Chardin ist man gleichfalls tätig mit der Anlage von Befestigungen beschäftigt.

Ein russischer Diplomat über den Krieg.

Ein von Petersburg kommendes, auf der Durchreise befindliches Mitglied einer ausländischen russischen Gesellschaft äußerte sich über die gegenwärtige Lage einem Journalisten gegenüber, daß es nach in Petersburg vorliegenden neuesten Meldungen in den nächsten Tagen zu beweisen sei, daß der Krieg mit dem Feinde an der Mündung des Dnjeprusses kommen dürfe. Der Diplomat äußerte sich sehr optimistisch über die Lage und erklärte, die leitenden russischen Kreise seien davon überzeugt, daß der Krieg lange dauern, ob entschieden zu einem siegreichen Ende für Russland führen werde.

Es ist tatsächlich, daß der Kriegsminister dem Baron gegenüber verkündet habe: „Ich werde nicht zurückkehren, bis der freche Verbrecher der Japaner gebrochen, Korea Russland eingerichtet sein wird.“

Eine Intervention Englands wird nicht befürchtet, indem China gegenüber eine argwöhnische Haltung beobachtet.

Kleine Nachrichten.

In einem Kreis der Provinz Schantung (deutsche Interessensphäre) sind der „Post“ aufgrund Unruhen wegen der Errichtung von Steuern entgebrochen. Die Missionare verlassen, wie gesagt wird, die bedrohten Gebiete. Die deutsche Eisenbahn wird von der Polizei geschlossen.

Die einzige Neutralität trifft, nach dem „Vertrag Tarbiel“, Vorbereitung für den Bau einer Anzahl nachgehender Kanonenboote zum Dienst auf den chinesischen Gewässern. Der General Sotow hält, wie es steht, diese Boote bei der bewährten Lage in Ostasien zum Schutz des englischen Handels unbedingt notwendig.

Der russische Dampfer „Malaga“, nach Odessa bestimmt,

ist in den Suezkanal eingelaufen. Er hat sechs Offiziere und 262

Mann an Bord, die das englische Kriegsschiff „Talbot“ vom russischen

Kreuzer „Varjag“ gerettet hatte. Die Leute trugen die Kleidung und die Uniformen, die ihnen von den englischen Matrosen gegeben

wurden.

„Friedrich“ auch der Hamburg-Amerika-Dampfer „Kaiser

Wismar“ an Russland verläuft. „Kaiser Friedrich“ geht von hier

nach Danzig, dann nach Kronstadt. Der „Kaiser Wismar“ geht über-

morgen direkt nach Kronstadt.

Das Kanonenboot „Maudschur“. Das bei Wusung liegende

japanische Kreuzer bleibt noch dort, da die Russen ihr Versprechen,

das Kanonenboot „Maudschur“ geschickschichtig zu machen, noch

nicht erfüllt.

Die Chinesen. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet

aus Peking vom 24. März: Nach Meldungen aus zuverlässiger

Quelle hat der chinesische General Ma sein Quartier nach Tientschau

verlegt. Die chinesischen Truppen sind nach Peking zurückgekehrt,

wo sie früher gestanden haben.

Politische Übersicht.

Der unverbesserliche Großherzog. Aus Darmstadt, 24. März, kommt folgende erschreckliche Neuigkeit: Gestern war beim Staatsminister Roth parlamentarischer Abend, an dem Regierungsvertreter und die Abgeordneten der 1. und 2. Kammer teilnahmen. Auch der Großherzog war erschienen; er unterhielt sich zwanglos mit Mitgliedern mehrerer Parteien und zog den Sozialdemokraten Ulrich in ein längeres Gespräch.

Das ist wahrhaftig unerhört. Da schlägt nun der großmütige Graf Bülow im Reichstag die Sozialdemokratie masselot — mit dem Mund — der Kriegsminister überließ sie dem Henker, alle bürgerlichen Parteien brüllen über das Benehmen der roten Partei und der gesunde Großherzog von Hessen geht hin und unterhält sich ohne Schaden mit einem der gefährlichsten Mitglieder von dieser Bande! Und Hessen steht noch?

Konservativer Blutglauben. Das Stöder'sche „Volk“ widmet dem einstigen „Kreuz-Zeitung“-Freunde von Hammestein einen Nachruf, in dem einiges Interessantes erzählt wird. Das „Volk“ kennzeichnet die Stellung des edlen Freiherrn und Führers der konservativen Partei zur Sozialdemokratie durch dieses bündige Wort:

„Er glaubte an die Lösung durch die Gewalt; er sah einen Überfall des Volkes für notwendig an und wartete auf das unabdingliche Blutvergießen.“

Das ist das politische ABC der konservativen Reaktion bis auf den heutigen Tag und es ist der größte Kummer der Überfall-Befolgen, daß die Sozialdemokratie die Erfüllung der blutigen Wünsche stets vereitelt.

„Mit dem Gesetz unvereinbar!“ Jüngst wurde in Berlin eine Versammlung der Anarchisten aufgelöst, weil ein Redner ausführte, örtliche Streiks seien unwirksam, der Generalstreik müsse propagiert werden. Die gegen die Auflösung erhobene Beschwerde wurde vom Polizeipräsidenten mit der Begründung zurückgewiesen, daß solche Ausführungen, welche die dem Anarchismus eigentümliche, mit den geleglichen Vorrichtungen ganz unvereinbare Ausübung des Sozialkonkurrenz zu revolutionären Zwecken zum Gegenstand hatten, nicht zugelassen.

Weil die dadurch verbreiteten anarchistischen Grundsätze geeignet sind, nicht nur die Teilnehmer der Versammlung, welche auf dem Boden der geltenden Gesellschaftsordnung stehen, zu beunruhigen, sondern auch die allgemeine Sicherheit zu gefährden. Der überwachende Beamte war deshalb verpflichtet, weitere Ausführungen, welche die dem Anarchismus eigentümliche, mit den geleglichen Vorrichtungen ganz unvereinbare Ausübung des Sozialkonkurrenz zu revolutionären Zwecken zum Gegenstand hatten, nicht zugelassen.

Nirgends steht in den Gesetzen, daß ein Generalstreik strafbar ist, folglich hatte die Polizei auch laut § 5 des Vereinsgesetzes keinerlei Recht zur Auflösung. Mit derselben Logik könnte die Polizei die Ausübung des Wahlrechts zum Sturz der Klassenherrschaft verbieten! Die Sache wird hoffentlich weiter verfolgt.

Schon wieder Auktionsrat. Das Landgericht zu Oldenburg verurteilte den Redakteur Kruse vom Oldenburger „Residenzboten“ wegen Beleidigung des Ministers Auktionsrat zu drei Monaten Gefängnis.

Aus Deutsch-Südwestafrika. Gouverneur Lentwesen telegraphiert aus Windhuk von hier: Major von Glaserapp bleibt nach einer Meldung vom 20. März auf Dujana zum Angriff bereit dort stehen. Nach der Meldung eines Niederländer sitzt die Flotte der Verein noch bei Dujana und am oberen Swakop.

Teak an den „Norddeutschen Lloyd“. Der Kaiser hat dem Generaldirektor Wiegand vom „Norddeutschen Lloyd“ ein Dokument für die guten Leistungen des Schiffes, das er zu seiner Reise benötigte, gesandt.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die 4. Strafkammer des Letziger Landgerichts den 49 Jahre alten Handarbeiter

Göthe hat die unzumutbaren Leistungen vor dem Kaiser und dem König von Sachsen einen Schutzbrief gegen den am 10. Februar ohne irgend welchen Anlaß getan. Er trat einfach zu dem Schriftmann hin und belegte die beiden Monarchen mit einem Schimpfnamen. Das Gericht schied in seinem Urteil selbst aus, daß Göthe durch den konstanten starken Alkoholgebrauch ein geltig minderwertiger Mensch sei.

Ausland.

Eine neue Millerands. In einer Versammlung, die im 14. Pariser Gemeindebezirk stattfand, hielt Millerand eine Rede und erklärte, daß er lieber vom politischen Leben zurücktreten würde, als eine ausschließlich antiklerikale Politik zu unterstützen, die nicht zugleich soziale Reformen versorge.

Sozialistische Dauerlösung in der französischen Kammer. Die Dauerlösung der Kammer am 28. März hatte die Mitglieder gegen 4½ Morgen so ermüdet, daß die Sitzung auf Donnerstag Nachmittag verlegt wurde. In der Sitzung kam es zeitweise zu achtzig Szenen. Der Kabinettchef belligte sich darüber, daß seitens der Opposition fortgesetzte Anträge gestellt würden, um so die Arbeit der Kammer zu behindern. Der Abgeordnete Audrey d'Asson wollte sich auf den Kabinettchef, als sich dieser zu einer Rede erhob, stürzen, der Marquis de Dio intervinierte jedoch und verhinderte ein Handgemenge.

Sozialistische Ausfälle im englischen Parlament. Man schreibt der „Berl. Bsp.“ aus London: Die Chinesen debattierten im Unterhaus, die für die Regierung, also zugunsten der Einschaffung chinesischer Arbeiter nach Transvaal, schließlich eine Mehrheit von 67 Stimmen erzielte, führte zu außerordentlich ereignisreichen Diskussionen, wie sie im Londoner Unterhaus zu den größten Szenenreihen gehören. Diese Szenen erreichten ihren Höhepunkt, als das unionistische Mitglied für die Zulassung Major Seely, einer der berühmtesten Geister des Chinesenimperiums, von den Mitgliedern seiner Partei durch ironischen Beifall höhnisch lachen und lautes Sprechen überredet wurde. Der Abgeordnete Churchill kam dem Major zu Hilfe und forderte den Sprecher auf, gegen das „völkische“ Verhalten der sozialistischen Partei einzutreten. Das hatte natürlich einen heftigen Angriff der beratig beleidigten Konservativen auf Churchill selbst zur Folge. Der Sprecher und Mr. Balfour baten um Ruhe, als aber dann Major Seely immer von neuem niedergeschlagen wurde, so oft er zu sprechen versuchte, verhielt sich der Sprecher stillnahmlos und machte keinen Verlust mehr, die Ordnung zu herstellen. Die Folge davon war, daß Balfour von Seiten der Nationalisten und Liberalen ebenfalls überredet wurde, als er sich erhob, nur die Regierung in längerer Rede zu verteidigen. „Weshalb haben Sie Seely kein Gehör verschafft?“ rief man dem Premierminister zu, als dieser um Ruhe bat. Erst als der Sprecher die Opposition ernsthaft bat, nicht dem gegegenüber schlechten Beispiel zu folgen, und als er damit indirekt einen Tadel über das Verhalten der Regierungspartei aussprach, hatte Balfour unter verblüffendem Stille seine Rede fortsetzen.

Eine geradezu unglaubliche Meuterrei brüderlicher Truppen hat, wie schon kurz gemeldet, in Subastila stattgefunden. Ein tausend Mann starkes Battalion, das soeben in Pretoria abgelöst wurde, befand sich auf dem Wege nach Durban, als in Soweto, einer kleinen Stadt in Natal, Haft gemacht werden mußte. Die verweigerten Soldaten den Offizieren plötzlich den Gehorsam, und kein Mittel half, sie wieder in Ordnung zu bringen. Sie stürmten mit ihren Waffen alle Bürhäuser und Kontinen der Stadt und raubten und plünderten, wo sie konnten. Die Einwohner flohen nach allen Richtungen aus der Stadt. An einigen Stellen kam es zu wilden Gespen und Kämpfen, bei welchen schließlich ein und überzig Personen tot liegen blieben. Vor der Stadt aus begaben sich die Meuterer dann in die umliegenden Dörfer und machten diese in einem Umkreis von einigen Meilen vollkommen unsicher, überall flohen die Leute nach allen Richtungen. Schließlich telegraphierte man nach dem zwölften Meilen entfernten Pietermaritzburg um Hilfe, und der dortige Kommandant entsandte sofort ein Battalion eines dort stationierten Regiments mit zwei Maschinengewehren gegen die Meuterer. Der ganze Distrikt befindet sich in einer sichtbaren Aufregung.

Partei-Angelegenheiten.

Totalitäre der Partei. Als Opfer einer unglaublichen Spießerei mit Schußwaffen verstarb in Essen plötzlich der Parteigenosse Endwig Haas. Er war bei einem Fremden zu Besuch, der ihm einen in seinem Bett befindlichen Revolver zeigte. Die Waffe war seit mehr als Jahresfest nicht mehr benutzt worden. Bei der Untersuchung entzündete sich ein Säusel und traf Haas so unglücklich, daß er sofort tot war. Der unselige Betrager, in dessen Händen sich die Waffe entzündet, der Tischler Meier, wollte sich zum Verhör hinausstrecken, er wurde jedoch daran verhindert und von der herbeigerufenen Polizei in Haft genommen.

Haas war in Essen eine bekannte Persönlichkeit und in Partei und Gewerkschaft — er war Tischler — eifrig tätig. Er hinterließ eine Frau und 4 kleine Kinder.

Sozialdemokratische Gemeindevertretung. In dem Dorfe Sachswitz, zu Neustadt Linde gehörig, ist die Gemeindevertretung in sozialdemokratischen Händen. Klärlich ist der Parteigenosse Arnold, ein Weber, zum Gemeindevertreter gewählt und auch verpflichtet worden. Darüber sind natürlich die Ordnungsleute in dem betreffenden Dorf und in der Umgebung außer sich und sie bemängeln die Tatsache, daß aufgrund der Gemeindeanlagen um ein wenig erhöht werden müssen, zum Gegenstand unbegründeter Angriffe. Es wird ihnen aber nichts helfen.

Parteipresse. In die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ ist der Genosse W. Breuer eingetreten.

Eigene Versammlungsräume haben sich die Genossen in Chemnitz und in Mühlhausen i. Th. erworben. Die Chemnitzer Genossen kauften das Kolosseum in Kapell. Sie erhielten daran die volle Konzession und es wird deshalb schon die diesjährige Landesversammlung darin abgehalten werden. In Mühlhausen haben die Genossen den Thüringer Hof auf sehr Jahre gepachtet und ihn als Gewerkschaftshaus eingerichtet.

Arbeiterbewegung.

Die Malergesellen in Hannover und Minden sind heute früh in einen Streik getreten. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit und 60 Pf. Mindestlohn pro Stunde. Die Meister wollten die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, indessen nur einen Normallohn von 40 Pf. pro Stunde zugestehen und trafen dies an die Bedingung, daß eine Normalarbeitszeit von 60 Minuten vorgenommen werde. Es handelt sich um ca. 500 Gesellen, von denen etwa 400 organisiert sind. Im Ausland befinden sich bis jetzt 400 Mann. Eine Anzahl Meister hat sich schon bereit erklärt, die Forderung in vollem Umfang zu bewilligen.

Der Antrag des norwegischen Gewerkschaften auf einen Staatszuschuß an die von den Gebäuden zu leistenden Arbeitslohnunterstützung ist nach zweitligiger Debatte vom 20. Februar abgelehnt worden; 20 Stimmen waren dafür, 97 dagegen. Es wurde beigelegt die Gewährung von 5000 Kronen an ein Komitee beschlossen, welches die Frage des Staatszuschusses zu den Arbeiterschaften untersuchen soll. Das Tempo des österreichischen Landsturmes scheint also für die Thüringer vorbildlich zu sein.

Soziales und Prezioses.

Breslau, den 24. März 1902.
Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Als der stellvertretende Vorsitzende am Donnerstag die Sitzung eröffnete, waren kaum zehn Personen im Saale anwesend. Trotzdem ging es mit Meinungsunterschieden vorwärts.

Eine Unzahl seit langem paradiesisch Vorlagen wurden das battlelos genehmigt, bei anderen entspannen sich sehr lange und nur für die Beteiligten interessante Debatten. So führte Herr Dr. Römer II., eine klerikale Größe, einen lebhaften Kampf um die Unbefreiheit; er will nämlich die Promenade im Winter als Turnplatz für die Hunde freigestellt wissen. Der Stadt. Schimmelmann beschwerte sich auch noch darüber, daß die Promenade in einer Reihe in der Weihnachtszeit stattfinden werde. So stellten man über die unwichtigen Sachen hin und her. Und zum Schluss der Sitzung gerieten die Geister abermals aufeinander. Der Herr Scholz und der Herr Römer konnten sich bei einem Dringlichkeitsantrag über eine Jagdverachtung absolut nicht einigen. Mit Entschluß rief der als Major bekannte Herr Dr. Römer aus: „Meine Herren, wissen Sie, was es bedeutet, wenn man am 1. Mai nicht auf den Bock gehen kann?“ Sie Sitzung fand ihren unfreiwilligen Abschluß dadurch, daß der konservative Scholz, als er sich mit dem klerikalen Freunde Römer II. nicht einigen konnte, mit Erfolg die Beschlußfähigkeit anzweifelt. So konnten die Herren denn nach Hause gehen, nicht ohne ihren Bock geschossen zu haben.

Nicht uninteressant war auf Seiten der konservativ-klerikalen Arbeiterfreunde diese Beredsamkeit, die die Zeit der Versammlung mit unwichtigen Dingen übermäßig in Anspruch nahm. Als aber Genosse Schüß in wirksamer Rede beim Statthalter Gas und Wasser erweckte die unglaubliche Ausbeutung schließlich, die den Arbeitern dieser Betriebe für einen geradezu erbärmlichen Lohn zu tellt wußt, da hatten die „Arbeiterfreunde“ kein Ohr, und suchten ihr schlechtestes Gewissen mittels allerhand Witzchen und Zwischenrufen zu verbergen. Es ist uns der Raumangst wegen leider heute unmöglich, auf diesen Teil der Verhandlung mit den wünschenswerten Ausführlichkeit einzugehen. Wir werden deshalb morgen auf die Verhandlungen, die das weiteste Interesse verdienen, eingehend zurückkommen.

* Zur Gewerbegerichtswahl. Die Gewerkschafts-Vorstände werden hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Angabe ihrer Kandidaten für das Gewerbe-Gericht bis spätestens Mittwoch, den 20. d. Mts., erfolgen muss, da ab dann sich die Aufstellung der Liste notwendig macht. Diejenigen Gewerkschaften also, die es bisher unterlassen haben, ihren Wünschen Ausdruck zu geben, mögen nunmehr das Versehen nachholen. Die Anmeldung ist an das Sekretariat zu richten.

* Bis zu welchem Zeitpunkt muss beim beworbenen Quartal die Wohnung gekündigt werden? Die „Deutsche Juristenzeitung“ beantwortet diese Frage dahin, daß, wenn der Mieter ins Quartal bis zum 6. April Zeit zum Kündigen hat. Der Grund für diese lange Frist ist folgender: Nach § 565 B. G. B. muß bei Grundstücken und Wohnräumen mit einer Mietzahlung der vorstehend bezeichneten Art die Kündigung spätestens am dritten Werktag des Vierteljahrs erfolgen, in dem das Mietverhältnis endigen soll. Da nun der 1. April (Karfreitag) ein Feiertag ist, so ist der 2. April der erste Werktag. Dann folgen der 3. und 4. April, das sind die Osterfeiertage, sodass der zweite Werktag im neuen Quartal der 5. April und der dritte Werktag der 6. April ist.

* Eine Gesellschaft zur gewerblichen Ausbildung eines Patentes, nach dem es in Zukunft möglich sein soll, daß ein Weber statt zweit bis drei Webstühlen leicht sechs bis acht und mehr beblieben kann, hat sich, dem „Konfessionär“ zufolge, in Sontheim im bayerischen Algovia gebildet.

* In der Reichsvollordnung tritt am 1. April eine Änderung ein. Von da an werden Drucksachen und Karten mit Machnahme an Sonn- und allgemeinen Feiertagen, nicht mehr zur Einführung vorgezeigt, wenn sie nicht den Begriff „Durch Einführung“ oder eine andere Bestimmung tragen. Von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr fehlt eine Kündigung nur dann statt wenn der Vermieter „auch Nachts“ beläuft ist.

* Eine Zusammenkunft der Gewerkschafts-Vorstände und der Kuffisch-Kommission über das Arbeiterschutzrecht stand gestern Abend im Gewerkschaftshaus statt. Nach lebhafter Debatte, an welcher sich zahlreiche Kollegen beteiligten, wurde beschlossen, innerhalb der Gewerkschaften dafür energisch einzutreten, daß ein zweiter Arbeiterschutztag eingesetzt wird. Über die Notwendigkeit der Anstellung herrschte völlig Uneinstimmigkeit, nur bezüglich der Kostenfrage waren verschiedene Meinungen vorhanden. Eine Erhöhung des Beitrages zum Sekretariat wurde allgemein als unnötig und unzureichend bezeichnet. Wenn die einzelnen Gewerkschaften mit größerem Elfer wie bisher ihre Mitglieder anziehen, den Monatsbeitrag von 10 Pfennigen zu zahlen, so genügt solches hinzuliegen, um die Anstellung eines zweiten Beamten zu ermöglichen. Vor allem sind es die größeren Gewerkschaften, bei denen es in dieser Beziehung noch sehr vieles zu tun übrig läßt. Ein Antrag, um eine Hilfskraft einzustellen, stand in ein Antrag, den neue Beamte soll ein mit dem bisherigen gleichgestellter Sekretär sein. Ferner wurde beschlossen, daß die Sekretariatsbedienstete in Zukunft in natlich unter Angabe der Mitgliedsziffer an den Kassen zu ziehen sind. Mit dem Wunsche, um auch tatsächlich in den einzelnen Gewerkschaften diese Beschlüsse zu vertreten, erfolgte Schluß der Zusammenkunft. Es fehlten unverzüglich die Vertreter der Bankiers, Bildhauer, Bildhauerinnen, Buchdrucker, Buchhändler, Schneider, Schuhmacher, Steinmetze, Tafilarbeiter und Berggoldher.

* 1½ Jahre nachhaltig im Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Am 28. November 1901 verurteilte die Breslauer Strafkammer den Schneider Adolph Müller zu 2 Jahren Gefängnis, weil er am Geburtstag der Kaiserin gegen diese und den Kronprinzen beleidigende Anmerkungen geäußert hatte. Es wurde alsbald sofort inhaftiert. Bald nach Amttritt seiner Strafe machten sich bei ihm jedoch Anzeichen von geistiger Säuberung bemerkbar und nach näherer Beobachtung und Beprüfung wurde das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet. Dies war bereits beendet, als der 1½. Jahr eintrat, Kaiser vor dem neuen Gewerkschaftshaus stand. Nach dem Entschluß der Breslauer Gewerkschaften, den Schneider gegen die Kaiserin und den Kronprinzen zu bestrafen, wurde er wieder inhaftiert. Erst am 2. Februar 1902 wurde er wieder aus dem Gefängnis entlassen. Erst am 2. Februar 1902 wurde er wieder aus dem Gefängnis entlassen. Erst am 2. Februar 1902 wurde er wieder aus dem Gefängnis entlassen.

Einen neuen Sieg bei den Gemeindewahlen errangen unsere Genossen in Prenzlau bei Görlitz. Wie immer, wurden Mittwoch früh 9 Uhr, zu einer Zeit, in welcher die Glasarbeiter auf Arbeit sind, die Gemeindewahlen vorgenommen. Die Beteiligung war natürlich deshalb flau. Trotzdem wurden in der 8. Abteilung die Genossen Rehbein, Brüche und Eduard Nitschke gewählt. Bravo! Ein schöner Erfolg. Auch in das Prenzlauer Gemeindehaus ziehen die ersten Rollen ein!

Von einer Haushaltung wurde heute Vormittag wieder einmal das Druckereigebäude Neue Gravenstraße 6/6 besichtigt. Doch galt der Besuch der beobachteten Geschäftsführer diesmal nicht den alten Gläsern in der „Vollswach“, sondern dem Redakteur der alten „Preßaner Zeitung“, Herrn Wilhelm Rammert. Dieser hatte eine kleine Streitschrift gegen den „Gremierrichthof“ in Leipzig unter dem Titel „Die literarische Freiheit der Juristen“ geschrieben, in welcher das Verfahren gegen den Rechtsanwalt Albers in Plaibor wegen dessen Drama über einen 12 Jahre zurückliegenden Kindermordprozeß in Plaibor kritisiert war. Wie wir hören, fühlte sich der Staatsanwalt in Plaibor, Michael, beleidigt und hat die Beschlagnahme angeordnet.

Maschinisten-Versammlung. In der am 20. d. Mts. abgehaltenen Versammlung der Maschinisten und Heizer wurde die Einführung von Beigeklassierten einstimmig beschlossen. Hierdurch sind die Kollegen in der Fage, jederzeit Beitragsmarken erhalten zu können und zwar bei Käffee Suppa, Blücherstraße 23, J. Löbnes Restaurant, Voltastraße 23, P. Schwarz, Bärenstraße 11, R. Löbne, Borsigstraße 84. Auch werden diesen Kollegen, welche nicht anwesend waren, hiermit aufmerksam gemacht, daß der sonst übliche Zahltag von jetzt ab ausfällt.

Unfallgeschäfte. Ein Schlosser erhielt in einer Fabrik am Mochbauer Kirchweg einen Schlag mit der Kugel an das linke Auge, welches gebrochen wurde. — Ein Arbeiter wurde beim Entstehen eines Feuer eingekreist und erlitt einen Schädelbruch. Die Verunglückten sahnen im Allgemeinenhospital Aufnahme.

Berichtsstütze wurde in der Sandgrube von Paul Obo im Zuge der Rohstraße ein Arbeiter. Er erlitt dadurch einen Beinbruch. — **Diebstahl.** Am 23. d. Mts. wurde einem Deutschenboten auf der Vorwerksstraße ein Fahrrad, Modell „Ovel“ 30, Nummer 124.125, mit schwarem Rahmen, schwarzen Felgen, etwas nach oben gebogenen Lenkstange, hellen Felgenringen und Handgriffe gestohlen. Der Dieb war ein junger Bursche im Alter von 16 bis 20 Jahren, bekleidet mit schwarzen Überzieher und schwarzer Hnt. Angaben zur Ermittlung des Diebes bezw. des Rades sind im Kämmer für das Polizeidividuum zu machen.

Diebstähle. Gestohlen wurden: von einem Handwagen eine Rolle Metalldrähte, einem Dienstmädchen auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 8 M.

Polizeiliche Meldungen. Da das Polizeigeschäftnis wurden am 23. d. Mts. 22 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Anzahl Manschetten, ein goldenes Medallion, eine goldene Damenuhr, mehrere Taschenläder, ein Tragegurt und ein Portemonnaie mit Zubehör. — Es fanden sich in einem schwarzen Seidenpudel. — Abhanden kamen: eine schwarze Strandschale, zwei zusammengelegte Fransen, eine silberne Herren-Samontasche, eine silberne Gürteltasche nebst langer Kette und ein schwarzer Kompass mit einem Portemonnaie mit 27 M.

Reichenbach i. Sgl., 23. März. Eigenthümlicher Geldsturm. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts wurde ein Stellenbesitzer aus Treisbachen wegen Rücksicht und Bedeutung des Nachmachers zu einer siebentlich empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Auf dem Nachhauserwege beleidigte er in der Gegenwart den Nachmacher aufs neue, indem er ihm vorwarf, er

habe einen Meineid geschworen. Als er am anderen Tage sich selige Unverstüttlichkeit brachte wurde, ging er in den Kaffeehaus und machte seinem Leben durch Erbärgen ein Ende.

Görlitz, 23. März. Selbstmord auf der Wache. Eine aufregende Szene spielte sich gestern Abend im Saale des Hotels zum schwäbischen Bär, woselbst die Theatergesellschaft Rudolf Mohr Vorstellungen abhält. Es wurde Rudolf Haldas Lustspiel „Die Zwillingsschwester“ gegeben. Als der Vorhang nach Beendigung des ersten Aktes gefallen war, stach ein Schuß. Der Schauspieler Emil Hasda, der soeben noch in der Rolle des Jägermeisters Vella aufgetreten war, halte sich mit einer Pistole in den Kopf geschossen. Der Schuß war ins rechte Auge getragen. Herzliche Hilfe war sofort zur Stelle. Der Schauspieler, ein junger Österreicher, wurde von Mannschaften der Sanitätskolonne ins städtische Krankenhaus geschafft, woselbst er hoffnunglos darüberlegte. Hadda, dessen Vater ein angesehener Porzellansmaler in Dößendorf bei Wiesenthal ist, war ein leichtiger und gern geliebter Schauspieler. Unglückliche Liebe soll die Ursache zu diesem unglücklichen Schritte gewesen sein. Nach 2 Uhr starb der Selbstmörder. Die Vorstellung wurde natürlich sofort abgebrochen.

Oppeln, 23. März. Gebetshäuser sind Agitationsmittel. Wegen Versagung des Wändergewerbeschein es zum Handel mit zwei polnischen Gebetshäusern und dem Katholiken-Kalender klante der Haushalter Gregor Przybyla gegen den Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses, erreichte aber nicht den gewünschten Erfolg, weil die bezeichneten Handelsarten in unverhinderbarer Weise als Agitationsmittel für das Großpolen zum dienen bestimmt erschienen.

Plaibor, 23. März. Eine achtzehntägige Fußreise aus Helmstedt hat das 21 Jahre alte Dienstmädchen Anna Bieneck aus Wenzlowitz in Oberösterreich übernommen. Sie war in einem Berliner Vorort in Stellung und wurde schon vier Tage nach ihrem Diensteintritt von starkem Helmstedt erkrankt. Unter Zuflucht ihrer wenigen Habeligkeiten war sie sich durchschlagen, indem sie sich unterwegs von den Gaben mildester Menschen nördlich ernährte.

Plesz, 23. März. Im Kieferwahn Selbstmord begangen. In einem der Fischerhäuser am linken Teichnahm wurde gestern die Leiche des Käfflers Johann Slava aus Sandau gefunden. Slava war seit November v. J. im hiesigen Kronenhaus untergebracht. In der Nacht zu Donnerstag entließ er im Fischerhaus aus dem Kronenhaus, nur mit einem Hemd bekleidet und stieg sich in den Fischbedäler, in dem er den Tod fand.

Wenzlowitz, 24. März. Ruthenische Arbeiter haben, wie soeben berichtet wird, im Forstrevier Podes, Kreis Plesz, einen Waldbeiger erschlagen.

Ein Bericht des Admirals Togo teilt über den jüngsten Angriff auf Port Arthur mit: Zwei Abteilungen Torpedoboote versetzten sich, wie heftig war, in der Nacht vom 21. bis zum Morgen des 22. März vor Port Arthur. Obgleich unsere Torpedoboote in dieser Zeit dem Feind des Feindes ausreichend waren, erlitten sie doch keine Beschädigungen. Um 8 Uhr Morgens kam das Hauptgeschwader in Sicht Port Arthurs. Am selben Tage wurde die Flotte nach der Bogenbaai bereit. Die Linienschiffe „Kusshi“ und „Yashima“ erzielten Besatzung, eine indirekte Beschleierung des Passages vorausgegangen. Während der Beschleierung bestreben waren die feindlichen Kriegsschiffe nach und nach aus dem Hafen heraus. Als die indirekte Beschleierung aufhörte, etwa zwölfe Uhr, waren fünf russische Schlachtschiffe und vier Torpedoboote zu sehen. Wir waren der Ansicht, daß der Feind durch seine Bewegungen den Versuch mache, uns an die Front heranzutreiben.

Der Feind belohnt uns gleichfalls indirekt von seinen Schiffen aus. Seine Geschosse fielen zahlreich in der Nähe des „Kuhls“ nieder, richteten aber auf unseren Schiffen keinen Schaden an. Etwa um 3 Uhr gingen sich unsere Schiffe vom Hafen zurück.

Bei der Reichstagswahl

im Wahlkreis Prenzlau erhielten in der Stichwahl nach bisheriger Feststellung v. Wagenheim (Welle) 11.656, Dr. Jaenike (halt.) 10.189 Stimmen. Ein Dorf fehlt, der Welle ist gewählt.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. III. Bernhard, S. des Schuhmachers Adolf Jurischek, 3 Mon. — Arbeiter Gottfried Ull, 57 J. — Hildegard, L. des Arbeiters Julius Noll, 1 J. — Elseide, L. des Arbeiters Paul Dietrich, 3 Wochen. — Elseide, L. des Anstreicher Max Wedan, 1 J. — Max, S. des Schuhmachers Paul Modrow, 62 J. — Schneider Wilhelm Schinner, 37 J. — Arbeiter August Scholz, 61 J. — Richard, S. des Steinzeugerstellers Max Müller, 8 Mon. — Elisabeth, T. des Anstreicher Otto Person, 1 J.

Brillenfassen.

G. W. Nur wenn die Brille nicht rein politisch ist, können Sie das ohne Gedanken tun. Ein wissenschaftliches, geschichtliches Werk ja.

C. W. Die Großenhainer Verhandlung ist leider schon veraltet, sonst gern. Wie haben einen Bericht zur Zeit der Tat des B. gebaut.

O. S. I. Die Gefahr der Beschlagnahme ist nicht groß. Eine deutsche Waffe ist uns nicht bekannt.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 26. März:

Blümner-Verband. Jeden Sonnabend: Fahrläufig Bimmer Nr. 1.

Buchbinderversammlung. Vortrag des Redakteurs Fr. Mehlein.

Bimmer Nr. 2.

Sonntag, den 27. März:

Arbeiter-Sängerbund. Vormittags 10 Uhr. Mitglieder-Versammlung im Saale.

Hobler, Stößer, Bohrer u. Co. Vormittags 11 Uhr. Versammlung.

Steinleher-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr. Blümner Nr. 2.

Agitationsabend des Breslauer Buchbinden-Gehilfen-Vereins (Vigilator Wallotz). Nachm. 5/4 Uhr im großen Saale.

Eintritt 10 Pf.

Montag, den 28. März:

Maler, Lackierer und Anstreicher. Abends 8 Uhr. Dörfestliche Versammlung im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikts V (Schleinitz).

Die Mitglieder des Distrikts Schleinitz kommen Montag, den 28. d. Mts. zusammen behufs Regelung der Beitragzahlung. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Distriktsführer.

Distrikts VII (Auñere Stadt).

Montag, den 29. März: Abrechnung. Das Erscheinen aller Bezirksführer ist notwendig.

Der Distriktsführer.

Hartlich-Grießern. Arbeiter - Radfahrer - Verein „Vorwärts“. Sonnabend, den 26. März, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei Karl Schmidt.

Wilgramshain bei Striegau. Sozialdemokratischer Wahlverein für Wilgramshain und Umgegend. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Mitglieder-Versammlung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Achtung! Genossen, Gewerkschafter! Achtung!

Die Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.

Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 93

empfiehlt ihr großes Lager in

Kerren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.

Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Werkstatt aufmerksam. Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugesetzt.

Der Vorstand.

Paul Thater, Paul Lange.

Musikwerke

Grammophone

Phonographen

Polyphone

Musik-Automaten

liefert auf Teilzahlung

Albert Langner,

Breslau II, Trautzenstraße No. 17a.

Große Auswahl

zur Konfirmation!

Empfiehlt mein großes Lager von Schuhwaren, sowie

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln

zu ganz soliden Preisen, und bitte um gefällige Beachtung.

H. Christmann,

37, Scheitnigerstraße 37.

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

Beilage zu Nr. 72 der „Volkswacht“.

Freitag, den 25. März 1904.

Louise Michel †.

Aus Paris wird gemeldet, daß die viel verleumdeten französischen Revolutionärin, Louise Michel, in London gestorben ist.

Mit ihr sinkt ein ganzes Stück europäischer Geschichte ins Grab. Sie war geboren am 20. April 1838 auf Schloss Broncourt (Département Haute Marne) als uneheliche Tochter des Sohnes des Besitzers. Hier erhielt sie unter der Leitung ihres Großvaters eine gute Erziehung. Nach dessen Tode verließ sie das Schloss und bildete sich auf zwei Seminarien als Lehrerin aus. Da sie als lebensfrohe Republikanerin nicht in den Staatsdienst des damaligen britischen Kaiserreiches treten wollte, gründete sie eine Privatschule in Andelocourt und später eine solche in Paris. Gleichzeitig entwickelte sie eine eisige Agitation gegen das Kaiserreich und später gegen die reaktionäre republikanische Regierung. Während der Commune machte sie sich organisatorisch außerordentlich nützlich und beteiligte sich zuletzt an den Straßenkämpfen. Am 16. Dezember 1871 wurde sie vom Kriegsgericht zur Bestrafung nach Neuf-Caledonien verurteilt. Durch die Amnestie 1880 begnadigt, lebte sie nach Paris zurück. Wegen der Teilnahme an einer Kundgebung vom Jahre 1883, die von Polizeipatrullen angezeigt war, und wegen deren man sie beschuldigte, die Plünderung von Bäckereien veranlaßt zu haben, wurde sie zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, aber 1886 begnadigt; sie wußte die Begnadigung zu schätzen. Nach ihrer Beteiligung an einer anarchistischen Maidentonkette am 20. Jan. 1890 hielt man sie eine Zeitlang als angeblich geflüchtete im Arresthaus zu Biarritz. Sie ... darauf nach London, lebte über 1895 nach Paris zurück, wo sie seitdem meist verweilte.

Louise Michel war keineswegs jene fanatische Wegläufere, als welche sie die General-Anzeiger und ähnliche bürgerliche Publikäte darstellten. Sie hatte vielmehr eine tiefe Gemüthsbildung und besaß hohe Seelenkräfte. Clara Zetkin sagt einmal von ihr: „Wie alle scharf ausgeprägten Charakterköpfe lebt auch Louise Michel an den Fehlern ihrer Tugenden. Sie ist mutig bis zur gewaltsamen Tollstümlichkeit, charaktervoll bis zum Eigensinn, empfindsam und welchherzig bis zur Sentimentalität.“ Ihre politische Gesinnung war dem sogenannten Edel-Anarchismus verwandt. Ihr den wissenschaftlichen, auf der genauen Erfahrung der ökonomischen Entwicklung begründeten Sozialismus hatte sie kein Verständnis. Außer vielen kleinen politischen Schriften gab Louise Michel 1886 ihre Memoiren heraus und verfaßte mehrere Romane, darunter „Die Bindung mit Jean Gueire“ (Das Elend), ferner „Die menschlichen Miserien“ und die „Neue Welt“. Das Proletariat der ganzen Welt neigt sich achtungsvoll vor den sterblichen Resten dieser unehelichen Kämpferin und wird ihr Andenken heilig halten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 24. März.

Kardinal Kopp-Prozeß.

(2. Tag.)

B. Benthin, den 24. März.

Die Begegnungsrede wird fortgesetzt. Beim Aufzug der Zeugen fehlt eins ein Dutzend der von der Verteidigung geladenen Zeugen, doch erscheinen die fehlenden bald nachher.

Der Eintritt in die Verhandlung erklärt der Verteidiger Dr. Schröder: Dem Angeklagten und mir ist gestern vom Vorstehenden mit Rücksicht auf die bestreitete Verlehung des religiösen Empfanges der Zeugen nahegelegt, auf jenen Teil der Anklagen zu verzichten, die sich mit Vorgängen im Beichtstuhl befassen. Wir haben das aus gestern angelegten Gründen leider ablehnen müssen. Ich will heute noch hinzufügen, daß wir es nur behalten ablehnen, weil der Herr Kardinal Kopp nach seiner kommissarischen Bezeichnung privat zum Verteidiger sagte, er wünsche selbst, durch den Prozeß zu erfahren, was denn von diesen Dingen wirklich wahr sei.

Der Sachverständige Brälat Buchmann, erläutert sein festiges Gutachten dahin, daß nach kirchlichem Recht für die Beichtstühler eine Pflicht zum Berichterstellen, was im Beichtstuhl vorgegangen, nicht besteht, daß aber immerhin moralische Gründe

dafür geltend gemacht werden könnten. Es seien auch Fälle möglich, in welchen solche Mittelungen ohne Verlehung moralischer Gefühle erfolgen könnten.

Zeuge Häßler Emile: Ich bin Katholik und gehe mit den Polen, weil ich nur polnisch verstehe. In Beiztuhl habe ich mich nie beteiligt. Eines Tages verteilte unser Pfarrer Misschek Wahlflugblätter für das Bistum, ich nahm jedoch keins, weil ich schon eins bekommen hatte. Bei einer Feier anbauchte ich der Kirche, sagte daran der Pfarrer, Zeuge und noch ein anderer Ortsangehöriger seien schlechte Deute, auf die man nicht hören dürfe.

Arbeiter Langer in Abendkreis: Der Pfarrer Rossteller in Roben verbot von der Kanzel herab das Lesen des „Gornoslagaz“, weil es keine reine Zeitung sei. Wer die Zeitung noch hält, sei kein Parochianer mehr. Zum Zeugen sagte der Pfarrer: „Du bist ein Sozialdemokrat! Kommst mir nicht zur Weite!“ Zeuge erklärt, nicht Sozialdemokrat, sondern katholischer Pole zu sein.

Bergmann Weiß in Boguschów sollte in der Beichte versprechen, daß er den „Gornoslagaz“ nicht mehr lese und da er sich dessen weigerte, mußte er ohne Absolution davon gehen. Pfarrer Skowronek riefte die Leute in der Kirche an: „Da sieht man ja lautet Korfanty“ und den anwesenden Frauen sagte er: „Ihr Frau sollt auch solche!“ Im Dorfe hat das Auftreten der beiden Geistlichen viel Erregung verursacht. Selbst in der Schule gaben die Leute ihrem Missmut durch Husten und Schreien mit den Füßen Ausdruck.

Versicherungsinspektor Schwabinski aus Oppeln: In der Beichte wurde mir und anderen Leuten der „Gazeta opolska“ gezeigt, wie sollten zur machen, daß wir hinauskommen. Erst nachdem wir versprochen, das Blatt nicht mehr zu halten, erhielten wir Absolution.

Vor.: Haben Sie denn Ihr Wort gehalten?

Zeuge: Noch nicht. (Heiterkeit.) Ja, ich muß das Blatt aus geschäftlichen Mitteln halten.

Vor.: Sind Sie von Gesinnung Pole?

Zeuge: Nein, ich gehöre allen Parteien an. (Gr. Heiterkeit.) Ich bin heute Pole und morgen Jude aus geschäftlichen Gründen. (Gr. Heiterkeit.)

Vor.: Aber gewählt haben Sie doch den polnischen Kandidaten?

Zeuge: Nein, ich habe den Benteunskandidaten gewählt.

Auch andere Zeugen, Handwerkmeister und Hausbesitzer in Oppeln befinden dasselbe wie Zeuge Lewaszewski, auch sie haben aber ihr Versprechen, daß rabiatpolnische Blatt nicht mehr zu lesen, nicht gehalten, was der Vorstehende als sehr unchristlich rügt.

Hausbesitzer Lukas in Oppeln sagt, es verleiht sein reißloses Empfinden, daß die Geistlichen im Beichtstuhl Politik behandeln, es sei ihm als Katholiken aber auch unangenehm, hier über Dinge aus der Beichte auszusagen. Der Verteidiger verzichtet darauf auf die Vernehmung des Zeugen.

Hausbesitzer Matka: Ich mußte auch das Versprechen in der Beichte geben, das polnische Blatt nicht mehr zu halten.

Vor.: Halten Sie denn nun das Blatt nicht mehr?

Zeuge: Nein, meine Frau hält es. (Große Heiterkeit.) Andere Zeugen berufen, daß sie keine Absolution erhalten, weil sie sich weigerten, das Abonnement aufzugeben.

Arbeiter Kurek: Ich sagte in der Beichte, ich lese den „Gornoslagaz“ nicht, obwohl ich darüber lese.

Vor.: Warum haben Sie in der Beichte gelogen?

Zeuge: Ich mußte in der Osterbeichte doch die Absolution haben. (Große Heiterkeit.) Zeuge sagt weiter, der Pfarrer in Schoppin hat vor der Kanzel herab erklärt, nur sozialdemokratische oder polnische Zeitungen halte, sei kein Katholik mehr. Der Pfarrer schimpfte so auf Polen und Sozialdemokraten, daß die Leute in der Kirche unruhig wurden, einige ärgerten sich, andere lachten. Pfarrer Abramowski sagt auf der Kanzel: Für die Polen sei Korfanty der Papst und die Lefer des „Gornoslagaz“ seien alle Sozialdemokraten.

Agent Robus in Schoppin: Kaplan Woitel sagte, als ich beichten wollte: Leute, die den „Gornoslagaz“ lesen, sollen nicht zur Beichte kommen. Als ich doch ging, sagte er: Schämen Sie sich und machen Sie, daß Sie hinauskommen. Als ich ein Wort dagegen sagte, rief er: Wenn Sie nicht gehen, dann lasse ich Sie rauswerfen! (Bewegung.)

Auf der Kanzel lagte Pfarrer Abramowski zu den anwesenden Frauen: Ihr Frauen, wenn zu Euch ein Agent des „Gornoslagaz“ kommt, so nehmt den Besen und haut ihm den Buckel voll!

Bergmann Mat: Als ich heiraten wollte und das kirchliche Aufgebot beim Pfarrer Jauerius anmeldete, verweigerte dieser die Trauung so lange, bis er, Zeuge, die Agentur des „Gornos-

lagaz“, die er führt, niedergelegt haben würde. Beuge erfüllte die Vorderung und wurde dann getraut.

Der geistliche Sachverständige Buchmann erklärt auf die Frage des Verteidigers: Die Verweigerung der Trauung aus solchem Grunde ist an und für sich nicht gerechtfertigt. Er selbst würde sie nicht verweigert haben, schon deshalb, weil er gescheitert hätte, den Betroffenen dann Veranlassung zum Konkubinat zu geben.

Der Zeuge Weiß- und Landtagsabgeordneter Korfanty gibt eine längere Darstellung der Vorkommnisse bei der Verweigerung seiner kirchlichen Trauung.

Als nach mancherlei Schwierigkeiten die sonst nicht leicht fand der Tag der Trauung festgesetzt war, las Zeuge in der „Grenzzeit“, daß es keine reine Zeitung sei. Wer die Zeitung noch hält, sei kein Parochianer mehr. Zum Zeugen sagte der Pfarrer: „Du bist ein Sozialdemokrat! Kommst mir nicht zur Weite!“ Zeuge erklärt, nicht Sozialdemokrat, sondern katholischer Pole zu sein. Bergmann Weiß in Boguschów sollte in der Beichte versprechen, sie nicht wieder zu erheben. Die Beichtstühle über die tatsächlich erfolgten kirchlichen Aufgabe stellte Erzpriester Schmidt so aus, das Zeuge sie für eine Trauung im Auslande nicht benötigen konnte. Durch hohe kirchliche Würdenträger in Galizien wurde Zeuge dann dort die kirchliche Trauung ermöglicht. Zeuge meint, man habe ihm jene entwedernde Erklärung im letzten Augenblick vor der erwarteten Trauung abgeworfen versucht, um ihn dann politisch tot zu machen. Als das nicht gelang, hoffte man, Zeuge werde sich an der standesamtlichen Trauung gentig lassen müssen, um ihn dann als im Konkubinat lebend bei den Katholiken herabwürdigen. Zeuge hat sich über das Verhalten der oberösterreichischen Geistlichen beim Papst beschwert, doch ist die Sache noch nicht entschieden.

Der Staatsanwalt fordert den Zeugen Korfanty, ob er nicht infolge zum Renegaten geworden sei, als er zunächst katholische Theologie studierte und auf diese Voraussetzung hin, vom Erzpriester Schmidt die Mittel zum Studium empfanden, dann aber diese Erwartungen nicht erfüllt habe. Trotz Widerspruchs des Verteidigers läßt das Gericht die Fragen zu. Korfanty sagt, in der Jugend habe er die Absicht, Theologie zu werden, in reichen Jahren aber sei er davon abgestoßen. Die Frage, ob er vom Erzpriester Schmidt die Mittel zum Studium erhalten habe, will Zeuge nicht antworten, obwohl der Vorstehende erklärt, er habe sein geistliches Recht die Antwort zu verwerfen. Zeuge sagt, die Beantwortung der Frage solle ihn nur als einen unanhaften Menschen erwecken lassen und in der öffentlichen Meinung herabsehen. Wenn er Wohlthaten vom Erzpriester Schmidt empfangen habe, so seien sie von diesem doch nicht gegeben, damit er, Zeuge, damit seine Überzeugung verlaufe.

Der Vorstehende läßt es mit Zustimmung bei dieser Indirekten Beantwortung bewenden. Bezuglich der Frage, ob Korfanty bei den Reichstagswahlen mit den Sozialdemokraten „paktiert“ habe, erklärt Zeuge, daß er den von der Sozialdemokratischen Partei für seine Unterstützung in der Stichwahl aufgestellten Vorderungen zu stimmen komme, da sie nur Punkte enthielten die auch die polnische Partei in ihrem Programme habe. Zeuge behauptet dann noch, daß seine Partei den Stand der katholischen Geistlichkeit als solchen hochschätzt und nie angreifen oder gar in den Tod ziehen werde.

Der Sachverständige, Geistlicher Rat Buchmann, erklärt auf Befragen der Verteidigung, daß er die Verweigerung der Trauung im Falle Korfanty für eine Unartigkeit halte.

Zeuge Waschel, Ausländer in Görlitz, behauptet, sein Kaplan habe in einer Predigt die Wahl polnischer Abgeordneter in Oberschlesien scharfs verurteilt und am Schlusse in großer Erregung gesagt: „Ich verfluche das Katholische Volk in Oberschlesien.“ Die Leute verließen darauf in einem die Kirche. Bei der Übergabe des polnischen Wortes für „verflucht“ verstand es geltend gemacht, ob es nicht als „beschwore“ verstanden werden kann.

Die meisten Zeugen erklären, daß sie in der Beichte allerdings versprochen, die radikal-polnischen Blätter nicht weiter zu halten, daß sie dies Versprechen aber nicht hielten. Der Vorstehende hält einem dieser Zeugen vor, daß er doch dann den Herrn Pfarrer bestimmt. Der Zeuge erklärt: „Ich werde das mit Gott abmachen. Ich halte es auch für meine Sünde. Ich muß doch Absolution für meine Sünden erlangen!“

Zu der Nachmittagsrede wird die Begegnungsrede fortgesetzt.

Der 75jährige Invalid Kralik wurde, nach seiner Aussage, vom Erzpriester Robus aus der Beichte mit heftigen Worten fortgesetzt, weil er angeblich polnischer Agitator war.

Einige Zeugen berufen, daß mehrere Pfarrer von der Kanzel herab die polnischen und die sozialdemokratischen Führer als Leute bezeichneten, die bloß Geld verdienten wollen. In der Kirche zu Rybnik nannte ein Kaplan Schmidts die polnischen Kandidaten Kolosalz und Korfanty „Rohlässe“. Vor der Stichwahl hielt der Kaplan wieder eine politische Ansprache

a. d. Haardt großes Aufsehen. Wie es heißt, soll Siegle den Wein durch Surrogate, darunter durch Milchsäure, verschärfen haben. Nach dem „Frankfurter Kurier“ soll er Surrogate in so bedeutender Menge bezogen haben, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, daß er sie nur in den eigenen Kellerneien in Neustadt und Edenkoben verwendet hat.

Im Verfolgungswahn. Der Sanitätsbeamte bei den Kolonialtruppen Pellerin erholt in einem Anfall von Verfolgungswahn in Argentinien bei Paris zweit seine Schwester, beginnt sich sodann nach Paris in das Kolonialministerium, wo er einen Rechnungsbeamten lebensgefährlich verletzt und entstieß sich dann selbst durch einen Revolverstich.

Eine rohleute Frau. Der Advokat und Regierungsrat Süderer in Wien wurde ebenfalls auf der Straße von der Gattin des Wiener Universitätsprofessors Beer, der an der Universität ist, durch Polizeibeamte tödlich verletzt. Beer stand unter dem Verdacht militärischer Betrügerei und wurde seines Postens entbunden. Frau Beer behauptet, Süderer sei der Urheber der Anklagen.

Rätselhafte Hande. In einem Hause auf dem Giermarkt in Braunschweig sollte ein neuer Schrank eingebaut werden. Bei dem Ausschachten im Keller fanden einige Arbeiter zu ihrem großen Erstaunen auf einen schwarzen Sarg, welcher gut erhalten war. Darin befanden sich menschliche Knochenreste, auch war er inwendig mit Samt ausgeschlagen. Da in der Nähe eine Kirche steht, musste angenommen werden, daß in alten Zeiten dort ein Kirchhof gewesen ist.

Beim Postgebäude in Berlin a. S. werden zur Zeit Ausräumungen vorgenommen. Zwanzig toterne Bären sind in einer Tiefe von zwei Metern gefunden worden. Die Fundstelle solltes gut erhalten sein.

Tod eines Stierkämpfers. Ein berühmter spanischer Matador, Antonio Fernández, wurde in Ciudad Juarez, einer Stadt an dem mexikanischen Ufer des Rio Grande, das Opfer seines Bruders. Die Nachricht, daß der berühmte Stierkämpfer auftraten werde, hatte eine gewaltige, zum großen Teil aus Mexikanern bestehende Volksmenge angelockt, zu der sich aber auch etwa tausend Amerikaner gesellten, um dem schwierigen Schauspiel beizuwohnen. Nachdem zunächst einige weniger bekannte Stierkämpfer minderwertige Tiere in roher Weise abgeschlachtet hatten, stellte sich unter lebhaftem Beifall Antonio Fernández einem jungen Stiere entgegen, den man dadurch wütend gemacht hatte, daß man ihm Stachelspitzen in den Leib bohrte! Der Stierkämpfer entlud mit großer Gewandtheit immer in den letzten Augenblicken seine Waffen. Dieses wurde sich aber wieder ab und gegen eines Toreadores, der verloren gewesen wäre, wenn nicht Fernández mit großer Gewandtheit die Aufmerksamkeit des Stieres wieder auf sich gelenkt hätte. Die Zuschauer jubelten, aber noch war der Kampf nicht geklärt. Die Räuber jubelten, während der Kämpfer ausglitt. Im nächsten Augenblick raste der wütende Stier dem gefallenen Gegner die Eingeweide aus dem

Leibe, wischte den verstreuten Körper dann auf seine Hörner und trug ihn so vor den Augen der entsetzten Zuschauer in der Arena umher.

Im Kausen um die Erde. Aus Brisbane (Australien), 8. Februar, wird der „Nationalist“ geschrieben: Wieder können wohl die Alten geschlossen werden über einen jener tollkühnen Männer, die nur der Willenshaft oder um eines einmal gefahnen Blaues willen oder auch aus irgend einer Laune ihr Leben aufs Spiel setzen und ihren Wagemut mit dem Tode beziegeln. Es handelt sich um den vielgenannten Captain Bob, einen Deutschen von Geburt, welcher es sich in dem sepoli gesetzt hatte, in einem Kanoe, d. h. einem einfachen ausgebühlten Baumstamm, die Erde zu umschiffen. Die Vorreiter des 2. London großen Bootes „Spray“, das gleichlich Aufzüge und Säkularia erzielte, ließen Bob nicht loslassen; vor etwa 2½ Jahren fuhr er von San Francisco ab und kam nach dreiviertel Jahre langem Umherirren durch den Stillen Ozean denn auch richtig in Australien an. Er sowohl wie seine Nachschiffe, die er „Tillitum“ genannt hatte, waren in ständigem Gefahr und bedurften lange Zeit zur Wiederherstellung. Vor fünf Monaten etwa entstieß sich Bob zur Weiterfahrt, und vor jetzt genau 120 Tagen segelte er in seinem Kanoe wohlgezündet von der Thrusday-Insel (unter 142 Gr. S. L., an der äußersten Nordspitze Australiens gelegen) ab. Sein Ziel waren die Kolos- oder Keeling-Inseln, eine Gruppe, welche unter 96° 53' S. L. südlich von der Westspitze Sumatras, liegen. Seit dem Tage der Abfahrt, vor 117 Tagen hat man von dem tollkühnen Mann nichts mehr gehört — ohne Zweifel ist er untergegangen.

Eine Verlobungsgeschichte in drei Kapiteln erzählt die „Kreuzzeitung“:

I.
(Teltower Kreisblatt Nr. 50, 28. Februar 1904):
Als Verlobte empfehlen sich:
Ottolie B... — Franz S...
Berlin.

II.
(Teltower Kreisblatt Nr. 58, 6. März 1904):
Die Nr. 50 des Teltower Kreisblattes enthielt meine Verlobungsanzeige. Ich erkläre hiermit, daß ich mich mit Ottolie B... nicht verlobt und betreffendes Interesse nicht aufgegeben habe.

III.
(Teltower Kreisblatt Nr. 62, 13. März 1904):
Als Erwiderung auf die Annonce des Franz S... im Teltower Kreisblatt vom 6. d. M. begüßt mich unsere Verlobung, erkläre ich hiermit, daß unser Verlobung am 30. November 1903 durch Ringwechsel und Abblendung gebrüderter Angehöriger stattfand. Ich betrachte mich daher auch heute noch als verlobte Freunde, da bis heute noch keine Auseinandersetzung stattgefunden hat. Ottolie B...

in der Kirche und sprach dabei mit überlauter Stimme. Die Besucher wurden nach der Aussage mehrerer Zeugen dabei so erregt, daß lauter Lärm entstand und Polizeihereute: „Wir wollen keine Polizei in der Kirche, es schallen!“ Alles lief dann aus der Kirche heraus. Es war nach der Aussage eines Zeugen schlimmer wie in einer Wahlversammlung.

Als der Vorstehende einer Religion wieder darüber vorwurfe machte, daß sie den Pfarrer belogen habe, als sie in der Kirche versprach, das polnische Blatt nicht mehr zu lesen, sagt die Frau: „Das ist doch meine Sache!“

Vorl. (erregt): „Wohl ist das Ihre Sache. Sie haben es mit Ihrem Gewissen abzumachen, wenn Sie Ihren Verchwörer besiegen!“

Stellenbesitzer Rausch in Borowek war mit dem Pfarrer seines Dorfes wegen seiner Sympathien für die polnische Bewegung in Diskussionen geraten. Als er beim Ableben seines Kindes nicht in der Kirche war, die Beerdigung gebühren gleich zu beobachten, und den Pfarrer daher um Standort bat, sagte dieser nach der beschworenen Aussage des Zeugen:

„Du Lümmenker! Komm ohne Geld! Gott ich Dir's hörne! Deine Mutter wird, wo Du willst, meinetwegen unter dem Dach.“

Vorl.: „Aber hören Sie mal, das ist doch nicht glaublich. Würden Sie bei Ihrer Aussage bleiben, wenn Ihr Pfarrer hier vor Ihnen stände?“

Zeuge: „Ja gewiß, es ist ja die Wahrheit. Ich habe sonst nichts gegen unseren Pfarrer.“

Zeuge hat nach seiner Entfernung das Versprechen, daß er dem Pfarrer gegeben, das nationalpolnische Blatt nicht mehr zu lesen, auch gehalten. Er lese jetzt gar nichts mehr.

Zeuge Malnisch aus Rodwardzin sagt aus, daß sein Pfarrer ihn und andere Arbeiter der dortigen Baderfabrik dem Besitzer derselben durch einen Brief als Feinde polnischer Männer benannte. In der Kirche ließ dieser Geistliche für die Zentrumswähler

beten, dann aber auch für die Gegner, damit sie vom heiligen Geiste erledigt würden.

Anderer Zeugen behauptet, daß manche Pfarrer und Kapläne auch Frauen und jungen Mädchen die Vergabeung der Stimme verweigerten, zum Teil, weil diese selbst, zum Teil auch nur, weil die Eltern jünger Mädchen, ja selbst schulpflichtiger Kinder die nationalpolnischen Blätter lasen. Weinen und klagen die nicht abholzerten Kinder nach Hause. Anderen Kindern wurde die Teilnahme am Reichtunterricht verboten. Eine Anzahl Zeugen ist zum Leidsten über die Grenze nach Österreich gegangen. Dort erhielten sie Absolution und die Geistlichen sagten ihnen, sie könnten ruhig den „Mornostajal“ lesen, es sei ein gut katholisches Blatt.

Vergmann Goethra aus Bogusditz: Mein 65-jähriger Schwiegervater war schwer krank und wollte sterben. Pfarrer Piotr kam mit dem Alterthumsladen in die Krankenzimmer, sah dort am Eingang eine Postkarte mit Konsulatys Bild und riss dieselbe heraus. Der alte Mann erzählte und später, daß der Geistliche ihm dann einen Schwur abforderte, von der polnischen Bewegung zu lassen und nicht mehr den „Mornostajal“ zu lesen. Erst nachdem der alte Mann den Schwur geleistet, wurde er abholzt. Die Tochter des Alten bestätigte diese Darstellung in allen Punkten.

Viele weitere Zeugen aus den verschiedensten Gegenden berichteten befinden noch, daß ihnen die Gnadenmittel der Kirche wegen ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Partei verweigert wurden, in mehreren Fällen wurde ihnen auch gesagt, daß sie auf einem christlichen Friedhof nicht begraben werden würden, wenn sie von der Bewegung nicht lassen würden. Andere zahlreiche Zeugen bestehen, daß viele Geistliche noch große Schimpfwörter gegen den „Mornostajal“ und die Führung der polnischen Bewegung ausschwören, auf der Kanzel und vor dem Altar. Neben der Kollegialität der Geistlichen steht die Aussage eines Zeugen Auskunft, der bekundet, daß sein Pfarrer diejenigen Geistlichen, welche auf Seiten der Polen stehen, als Judas bezeichnete.

Der Staatsanwalt beklagt sich vor, mehrere der hier arg kommunistischen Geistlichen noch an Gerichtsstelle zu laden, damit man nicht nur eine Seite höre. Da Freitag ein feierlicher Feiertag ist, verzögert das Gericht die weitere Verhandlung auf Sonnabend Vormittag 10 Uhr.

* **Bläßlicher Tod.** Am 23. d. Ms. wurde der Polizei mitgeteilt, daß ein 45 Jahre alter Arbeiter seine Wohnung im Keller des Hauses Karlsstraße 16 schon seit mehreren Tagen nicht verlassen habe. Der Bergaufwärter wurde hinzugezogen und dann die Wohnung gewaltsam geöffnet. Der Mann wurde entdeckt neben einem mit Blut gefüllten Eimer gefunden. Anschließend hat ihn ein Blutsauger befallen und er ist dann in sitzender Stellung verstorben. Die Leiche wurde in die Anatomie gebracht.

* **Bläßlich verstorben.** Am 22. d. Ms., Abends, ist eine 44 Jahre alte Zimmermannsfrau in ihrer Wohnung Augustastrasse 96 nach Angabe ihres Ehemannes plötzlich gestorben, nachdem sie noch ihre häuslichen Arbeiten verrichtet haben soll. Durch einen Arzt konnte die Todesursache nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft nach der Anatomie gebracht.

* **Gründe.** Am 23. d. Ms. Vormittags, geriet in einem Keller des Hauses Friedrich-Wilhelmstraße 6 ein Korb mit Holz, der auf der Aufstellungsanlage gestanden hatte, in Brand.

— Am denselben Tage geriet in einem Klosterraume auf der Weimarer Straße 2 im kleinen Stadtkreis eine größere Menge Papier in Brand. Beide Grände wurden vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht. — Abends wurde die Feuerwehr nach Tannenstraße 83 gerufen. Dasselbe waren aus einem Schornstein Funken geslogen und dies hatte einen Paternoster zur Alarmierung der Feuerwehr veranlaßt.

Messow & Waldschmidt

Sonnabend
Sonntag
Montag

Extra-Preise

für

Herren-Garderobe

Herren-Anzüge

Jackettform, aus englischmelierten Noppenstoffen, glatten Melangen, Fantasiestoffen, Cheviots und Kammgarnen,

zum Teil **Rosshaarverarbeitung**

9⁷⁵

jetzt Mk. 36, 30, 27, 22⁵⁰, 19⁵⁰, 16⁵⁰, 13⁵⁰,

Herren-Anzüge

Rockform, I und II reihig, aus schwarzen Cheviots, Diagonals, Kammgarnen, Drapes, Tuchen mit Kloth oder pa. Serge gefüttert

19⁵⁰

Herren-Paletots

Überzieher und Ulsterform, einreihig mit verdeckter Knopsleiste, auch mit schrägen Taschen in den modernsten Farben und Stoffen

jetzt Mk. 27, 24, 19⁷⁵, 16⁵⁰,

13⁵⁰

Jünglings-Anzüge

Saccoform, einreihig, aus modernen Fantasiestoffen, schwarzen und blauen Cheviots und Kammgarnen in grosser Auswahl

jetzt Mk. 19⁷⁵, 17⁵⁰, 14⁵⁰, 12⁵⁰, 10⁷⁵, 8⁵⁰,

6⁷⁵

Knaben-Anzüge

Blusen-, Matrosen-, Kadett- und Joppensacons, aus blauen und grauen Cheviots, Beiges, Kammgarnen und modernen Fantasiestoffen

jetzt Mk. 9⁷⁵, 8, 6⁷⁵, 5⁷⁵, 4⁵⁰, 3⁶⁵, 2⁹⁵

2⁴⁵

Herren-Beinkleider

aus glatten Cheviots, Kammgarnen und Satins, sowie gestreiften, modernen Fantasiestoffen und Buxkins

jetzt Mk. 9, 7⁵⁰, 6⁷⁵, 5⁵⁰, 4²⁵, 3⁴⁵,

2³⁵

An diesen 3 Tagen beim Einkauf von Herren- und Knaben-Garderobe

Gratis Photographie-Bons.

Beim Einkauf

von **5⁰⁰**

1/4 Dutzend

Visitbilder.

Beim Einkauf

von **10⁰⁰**

1/2 Dutzend

Visitbilder.

Beim Einkauf

von **15⁰⁰**

1/4 Dutzend

Kabinettbilder.

Beim Einkauf

von **20⁰⁰**

1/2 Dutzend

Kabinettbilder.

Gültigkeitsdauer der Gratis-Bons 1 Monat vom Tage der Ausstellung.

Sonntag, den 27. März von 11 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends geöffnet.